

dbb Gewerkschaftstag
Staat. Machen wir!

12

mit dbb seiten

MAGAZIN

Dezember 2022 • 72. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

„sage ich Ihnen hier gerne zu“, so formulieren insbesondere Politikerinnen und Politiker gerne in ihren Reden, so versprach auch der Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Rede beim dbb Gewerkschaftstag im Berliner Hotel Estrel, dass der öffentliche Dienst die Unterstützung der Bundesregierung erhalte. Wie belastbar diese Aussage ist, werden wir bereits in wenigen Wochen erfahren, wenn die Arbeitgeberseite ihr Angebot zur ersten Verhandlungsrunde bei den Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen vorlegen kann.

Ich gratuliere der dbb Spitze um Ulrich Silberbach, Friedhelm Schäfer und Volker Geyer zur Wiederwahl und freue mich auf die gemeinsame Zusammenarbeit bei den bevorstehenden Herausforderungen. Ebenso gratuliere ich den stellvertretenden Vorsitzenden als Bundesleitung des dbb zu ihrer Wahl. Lesen Sie gerne den Bericht der vbob Delegierten vom Gewerkschaftstag des dbb in dieser Ausgabe.

Der vbob hat seine Anträge mit der Annahme durch die Mehrheit der Delegierten zum Inhalt der Arbeit des dbb gemacht. Damit haben wir viele wichtige Impulse von unserem Bundesvertretertag in Hamburg bereits in unseren Dachverband eingebracht. Auch für den dbb gilt ab sofort: einfach mal machen!

Der Bundeskanzler hat erklärt, dass die Bundesinnenministerin an einem Entwurf zur Besoldungsreform arbeite, in dem sich Einkommensverbesserungen für die „einstelligen“ Einkommensbereiche und für kinderreiche Beschäftigte befänden. Das hört sich so an, als ob das BMI – vermutlich auch auf Druck des BMF – wieder einmal nur das Nötigste im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes umsetzen will. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssten wir uns nach nur einem Jahr Ampelkoalition und trotz der Unterstützungszusage des Bundeskanzlers schon früh in dieser Legislaturperiode von der Vorstellung verabschieden, dass die auch durch den vbob massiv geforderte Sicherung der Attraktivität der Arbeit in der Bundesverwaltung durch die Bundesregierung zukunftsgerichtet angefasst werden wird.

Das furchtbarste aller Argumente dabei ist aus meiner Sicht der Verweis auf andere Beschäftigungsfelder, in denen die gleichen

oder ähnliche Probleme ebenfalls ungelöst sind. Dieser Staat existiert durch Ihrer aller Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aus genau diesem Grund werden die Mitglieder des vbob Bundesvorstandes weiterhin alles dafür tun, die Aufmerksamkeit der Politikerinnen und Politiker auf diese entscheidende Quelle staatlicher Funktionalität zu lenken. Der fehlende Wille der Bundesregierungen heute und zuvor, sich damit zu beschäftigen, ist Ursache für die meisten negativen Berichterstattungen über die Arbeit der öffentlichen Verwaltung. Die Vorgehensweise der Verwaltung fußt auf den regulativen Vorgaben der Parlamente und nicht umgekehrt.

Das Argument, dass der Staat durch die eigene Bevölkerung als nicht handlungsfähig wahrgenommen wird, führt die Politik gerade mal wieder auf die Verwaltung und nicht auf das dem Verwaltungshandeln zugrunde liegende legislative Versagen zurück. „Beamtenbashing“ warf dbb Chef Silberbach in diesem Zusammenhang dem Buchautor und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Carsten Linnemann, vor, der dies umgehend zurückwies. Entscheidender Kritikpunkt aus meiner Sicht: Wer öffentlich den Eindruck erweckt, das Verwaltungshandeln sei für Verzögerungen ursächlich und nicht die Flut gesetzlicher Vorgaben und Verordnungen, die diesem zugrunde liegen, der lenkt hauptsächlich von der eigenen politischen Verantwortung ab.

Zukunftsfest aufstellen müssen sich auch die Fachgruppen des vbob in der Bundesverwaltung. Dies gilt personell und auch aufgabenbezogen. Aus Anlass meines Besuches der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Kraftfahrtbundesamt in Flensburg durfte ich den Wechsel an der Spitze der Fachgruppe aktiv begleiten. Lesen Sie den Bericht der Fachgruppe ebenfalls in dieser Ausgabe.

Am 18. November 2022 fand die erste Sitzung des Bundeshauptvorstandes nach dem Bundesvertretertag in einem virtuellen Format statt. Von Berlin aus hatte ich Gelegenheit, die deutschlandweit über 50 Fachgruppenvorsitzenden über wichtige Projekte der Arbeit zu informieren und Fragen zu beantworten. Auch hier zu finden Sie einen kurzen Bericht in dieser Ausgabe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Dezemberausgabe bietet mir die Gelegenheit, Ihnen allen für Ihre Mitgliedschaft, Ihr Engagement, Ihre Übernahme von Funktionen und deren Ausübung, Ihre Unterstützung und Rückmeldungen in zahlreichen Telefonaten, Mails und persönlichen Kontakten herzlich zu danken. Sie sind das Wichtigste, die Vielfalt, die Kompetenz und die Nähe zu den Beschäftigten der Bundesverwaltung, die diesen vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte ausmacht.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen eine friedvolle Adventszeit, ein besinnliches Weihnachtsfest sowie einen guten Rutsch in ein gesundes neues Jahr 2023.

Mit besten Grüßen
Ihr

Frank Gehlen,
Bundesvorsitzender

> Inhalt

> dbb Gewerkschaftstag Staat. Machen wir!	4
> Virtuelle Tagung des Bundeshauptvorstandes	6
> Aus den Fachgruppen Neuwahlen im KBA – ein Urgestein wird verabschiedet	8
> Kommentierte Pressestimmen	10
> Aus den Fachgruppen Wahlen in der Fachgruppe Bundespresseamt Mitglieder im Ruhestand Adventsnachmittag in Berlin	12

> dbb	
> Nachrichten	13
> Interview Nancy Faeser, Bundesministerin des Innern und für Heimat	15
> Einkommenspolitik Rahmendaten zur Einkommensrunde 2023: Ein Lohnplus stabilisiert die Volkswirtschaft	18
> Service	22
> Meinung Coronamanagement in Bund und Ländern: Wir müssen weiter wachsam sein	24
> Frauen Fachkräftegewinnung: Soziale Medien als Recruiting-Instrument Frauen in Führungspositionen: It's (still) a man's world	27
> Gewerkschaften	31
> Gewerkschaftstag Wahlen der Bundesleitung Antragsberatung Bundeskanzler Olaf Scholz dbb Chef Ulrich Silberbach Podiumsdiskussion – Attraktive Arbeitsumfelder für einen starken Staat Öffentliche Veranstaltung: Ehrenmitglieder	38 39 40 41 42 46

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin. Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** Anne Hoffmann, Marco Urban, FG KBA, Fotolia. **Titelbild:** www.marco-urban.de.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 42,70 Euro zzgl. 7,90 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,80 Euro zzgl. 1,70 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 63 (dbb magazin) und Preisliste 42 (vbob Magazin),** gültig ab 1.1.2022. **Druckauflage dbb magazin:** 553 059 (IVW 2/2022). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**

dbb Gewerkschaftstag

Staat. Machen wir!

Vom 27. bis 30. November 2022 fand im Estrel Hotel in Berlin der Gewerkschaftstag des dbb statt. Über 900 Delegierte haben sich hier getroffen und die Weichen im öffentlichen Dienst für die nächsten fünf Jahre gestellt. Wir als vbob waren natürlich auch mit vertreten. Es gab ein spannendes Programm mit zahlreichen wichtigen und grundlegenden Anträgen der politischen Interessenvertretung im öffentlichen Dienst. Aber auch der persönliche Austausch ist nicht zu kurz gekommen.

Ulrich Silberbach eröffnete den dbb Gewerkschaftstag und verwies auf das Brennthema Digitalisierung. In der öffentlichen Verwaltung, so der Bundesvorsitzende des dbb, werde immer noch das Papier durchs Haus getragen.

Weiterhin wies er erneut auf den Fachkräftemangel hin. Wir brauchen nicht nur in der freien Wirtschaft gute Köpfe, sondern auch im öffentlichen Dienst. Einen weiteren Personalabbau können wir nicht hinnehmen. Gegenwärtig gibt es einen Fehlbedarf von 360 000 Stellen; 1,3 Mio. Beschäftigte verlassen uns in den nächsten zehn Jahren. Das ist das Problem des demografischen Wandels. Ulrich Silberbach betonte, an unserer Seite zu sein, denn wir machen Staat und das ist unsere Hauptaufgabe.

Gleich zu Beginn des ersten Tages besuchte Franziska Giffey, Regierende Bürgermeisterin von Berlin, unseren Kongress und betonte die wichtige Rolle des öffentlichen Dienstes in Deutschland sowie die Notwendigkeit, hier für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen.

Höhepunkt waren die Wahlen zur Bundesleitung des dbb. Dabei wurde Ulrich Silberbach als Bundesvorsitzender unseres Dachverbandes bestätigt. Weiterhin wiedergewählt: für den



> Bundeskanzler Olaf Scholz

Bereich Tarifpolitik Volker Geyer, für den Bereich Beamtenpolitik Friedhelm Schäfer. Außerdem wurden noch sechs weitere stellvertretende Bundesvorsitzende gewählt.

Anschließend wurde über 904 Anträge der folgend genannten Themenarbeitskreise, in denen auch der vbob vertreten war, abgestimmt:

- > Organisationspolitik
Hier wurden Anträge zu Satzungsänderungen des dbb und zu den Sitzungsrythmen der Gremien behandelt.
- > Zukunftsmanagement und Bildung
Dieser Arbeitskreis hat sich mit wichtigen Leitanträgen unter anderem zur Stärkung des öffentlichen Dienstes, der Bewältigung der demografischen Folgen und digitalen Entwicklung, zur Personalgewinnung und zur Digitali-



> Die vbob Delegierten und Gastdelegierten beim dbb Gewerkschaftstag

sierung der öffentlichen Verwaltung sowie zum mobilen Arbeiten befasst. Zudem ging es um Anträge zur Kinderbetreuung, Stärkung und Gewinnung von Lehrkräften sowie den Leitantrag Fort- und Weiterbildung im öffentlichen Dienst. Insgesamt wurden hier 113 Anträge beraten und beschlossen.

- > Europa, Sicherheit, Technik, Umwelt und Verkehrspolitik
Zu diesem Themenkomplex hatte der vbob keine Anträge eingereicht.
- > Dienstrecht, Besoldung und Versorgung
Alle vbob Anträge wurden vom dbb Gewerkschaftstag einstimmig angenommen.
- > Soziales, Wirtschaft, Steuern, Mitbestimmung
Unsere beiden Anträge zum BPersVG und zur Mitbestimmung wurden angenommen.
- > Tarifpolitik
Die Bundestarifkommission hat sich im Vorfeld mit den 281 Anträgen beschäftigt, diskutiert und abgestimmt. Wichtige Themen waren hier insbesondere, eine Attraktivitätsoffensive zu starten und die Eingruppierung zeitgemäß weiterzuentwickeln. Auch über eine Verkürzung der Stufenlaufzeit und die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung wurde ge-

sprochen. Weiterhin muss es einen verlässlichen Rahmen für die Digitalisierung durch Tarifverträge geben. Ein wichtiges Thema war, dass der dbb sich dafür einsetzt, die vermögenswirksamen Leistungen der Arbeitgeber zu erhöhen. Auch über die Arbeitsbefreiung für Arbeits- und Dienstjubiläen wurde abgestimmt. Zudem muss die Krankenfürsorge für Tarifbeschäftigte deutlich verbessert werden. Ein wichtiges Thema waren darüber hinaus die Aufstiegsmöglichkeiten im Tarifbereich.

■ **Bekennnis für eine faire, wettbewerbsfähige Bezahlung**

Auch am zweiten Tag des Gewerkschaftstages des dbb verfolgte die Delegation des vbob weitere spannende Tagesordnungspunkte.

Bei einer Rede vor allen Delegierten betonte Bundeskanzler Olaf Scholz, der persönlich vor Ort war, dass es gerade in diesen Zeiten einen starken öffentlichen Dienst brauche. Der Bundeskanzler möchte die Attraktivität des öffentlichen

Dienstes und die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung vorantreiben. „Ein starker öffentlicher Dienst muss attraktiv sein für die besten Köpfe.“ Und dies schließt auch eine faire, wettbewerbsfähige Bezahlung ein.

Er war zudem der Meinung, dass der öffentliche Dienst nicht beweisen müsse, dass er Tempo machen könne – er mache Tempo. Die Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes hat sich in den Augen des Kanzlers zum Positiven verändert. Vor dem Hintergrund der Klimaproteste sprach er davon, dass man sich, wenn man sich für den Klimaschutz engagieren möchte, nicht auf Landebahnen auf Flughäfen festkleben müsse.

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach äußerte sich ebenfalls zur Bekämpfung des Klimawandels – mit Blick auf die Rolle des öffentlichen Dienstes. Leider fehle hier häufig das notwendige Personal, um der Verantwortung gerecht zu werden. In der Einkommensrunde Anfang 2023 gehe es nach Auffassung des dbb Bundesvorsitzenden nicht

nur um die wirtschaftliche Teilhabe, sondern auch um die Arbeitsbedingungen. Die Probleme im öffentlichen Dienst seien nicht haus-, sondern haushaltsgemacht.

Auch das Thema Burn-out spiele eine große Rolle. „Ja“ zur Entbürokratisierung und „Nein“ zum Personalabbau waren ebenfalls wichtige Stichworte. Öffentliche Einrichtungen und Schulen sind marode, aber die Häuslebauer müssen alles für den Klimawandel tun. Wir benötigen eine Lastenteilung und müssen uns jetzt um die Infrastruktur wie Schwimmbäder, Theater usw. kümmern. Unser Gesundheitssystem sei mit fünf Prozent an dem Klimawandel beteiligt.

Bei einer anschließenden Paneldiskussion unter der Moderation von Anke Plättner diskutierten Mario Czaja (CDU), Kevin Kühnert (SPD), Susanne Fersch (Die Linke), Emily Büning (Die Grünen) und Konstantin Kuhle (FDP) zu den Themen demografischer Wandel und Fachkräftemangel.

cg



> Paneldiskussion zum Thema demografischer Wandel und Fachkräftemangel

Virtuelle Tagung des Bundeshauptvorstandes

Am 18. November 2022 fand die erste Sitzung des Bundeshauptvorstandes in virtueller Form statt. Im „Sendezentrum Hauptstadt“ saßen der Bundesvorsitzende Frank Gehlen sowie die beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden Claudia Goeke sowie Ludwig Hofmann neben Anne Hoffmann. Die Vorbereitungen auf die virtuelle Sitzung waren gemeinsam von Gabriele Ruppert und Anne Hoffmann getroffen worden. Die Sitzung verlief ohne große technische Störungen – ein Beleg dafür, dass auch nach der Satzungsänderung in Hamburg solche Formate eine echte Alternative sind, gleichwohl alle sich selbstverständlich lieber persönlich gesehen hätten.

nahmen im Frühjahr im Rahmen der Tarifverhandlungen, Lohnerhöhungen und den Vorbereitungen für die Personalratswahlen 2024.

Ein Dank gilt dem Bundes-schatzmeister Dirk Rörig für die gute und vorausschauende Finanzplanung sowie allen Werberinnen und Werbern für den Mitgliederzuwachs.



© Anne Hoffmann

Kommunikation untereinander und gegenseitige Informationen sind die Währung auch für gute Arbeit des vbob. Alle Mitglieder sind hier aufgefordert, ihre Informationen auch über die Gremien und die Büros des vbob zur Verfügung zu stellen, damit seitens des vbob gewohnt zielgenau agiert und kommuniziert werden kann.

fg

Eine Terminvorkündigung für die Mandatsträgerinnen- und Mandatsträgerrunde: Das nächste Präsenztreffen wird am 24./25. März 2023 in Siegburg stattfinden. Die offizielle Einladung folgt noch.

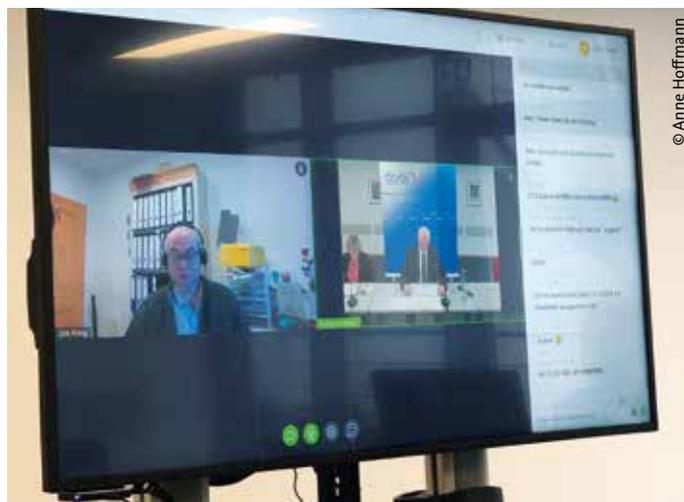
> Frank Gehlen und Claudia Goeke während der Bundeshauptvorstandssitzung

Der Bundesvorsitzende begrüßte um 9 Uhr über 50 angemeldete Fachgruppenvorsitzende in ganz Deutschland und freute sich über im Rahmen von Mitgliederversammlungen neu und wiedergewählte Vorstände. Neuwahlen bedeuten immer auch Verabschiedungen, die sodann auf Einladung des Bundesvorstandes bei der nächsten Präsenzsitzung nachgeholt werden.

Frank Gehlen verwies auf zahlreiche Pressekontakte im Berichtszeitraum, ausgelöst durch die Äußerungen des

Bundeswirtschaftsministers Habeck und durch teilweise von Unwissen über den öffentlichen Dienst geprägte Journalistenfragen.

Im Zentrum der Beratungen standen in der Sitzung auch die finanziellen Folgen der augenblicklichen Energie- und Wirtschaftskrise sowie der hohen Inflation auf die Haushaltsplanung 2023. Auch der vbob als Organisation ist betroffen durch steigende Strom- und Heizkosten bei Bundesgeschäftsstelle und Hauptstadtbüro, Kosten der Streikmaß-



© Anne Hoffmann

> Der Schatzmeister berichtet.

Aus den Fachgruppen

Neuwahlen im KBA – ein Urgestein wird verabschiedet

Der Fachgruppenvorsitzende Norbert Haack begrüßte die anwesenden Mitglieder und insbesondere unseren Bundesvorsitzenden Frank Gehlen, der zum ersten Mal das KBA besuchte.

Frank Gehlen begrüßte in seiner Rede alle Mitglieder und brachte seine Freude, einmal vor Ort in Flensburg dabei sein zu können, zum Ausdruck. Anschließend dankte er Norbert Haack herzlich für über 20 Jahre Engagement für den vbob, welcher nicht erneut kandidieren wolle, jetzt wo seine Pensionierung in Sichtweite kommt.

Dann ging er auf die anstehende Tarifrunde ein. Wichtig sei es, dass möglichst viele Kolleginnen und Kollegen bei den wohl zu erwartenden Streikmaßnahmen aktiv werden und ihre Zugehörigkeit auf der Straße zeigen. Lobend wurde das hohe Engagement des vbob in Flensburg erwähnt, was auch im dbb positiv wahrgenommen werde.

Mit dem nächsten Tagesordnungspunkt berichtete Norbert Haack über die Arbeit der Fachgruppe in der Zeit nach der letzten Mitgliederversammlung und gab zunächst seinen Eindruck über die Veränderungen im Kraftfahrt-Bundesamt, die eingeführten Arbeitsregelungen „Alternierende Telearbeit und Mobiles Arbeiten“ nebst Dienstvereinbarungen wieder. Das Arbeiten von zu Hause setzt sich mehr und mehr durch. Mittlerweile hat die Personalstelle weit über 400 Anträge zur alternierenden Telearbeit erhalten, und alle, die von der Möglichkeit der mobilen Arbeit Gebrauch machen können und wollen, haben seit dem 1. Juli das Jahreskontingent von 27 Tagen für das zweite Halbjahr eingeräumt bekommen. Dass diese neuen Formen der Arbeitsgestaltung stark ange-

nommen werden, sieht man auf den Fluren, im Speisesaal bis hin zum Innenparkplatz, der kaum noch einmal voll ausgelastet ist.

Die Arbeitswelt hat sich stark verändert: durch die vorgeannten Möglichkeiten, die dazugehörigen Dienstvereinbarungen, nicht zuletzt durch den unglaublich starken Wandel der Belegschaft, der noch einige Jahre anhalten wird und durch die vorherrschende Altersstruktur.

Die neuen Arbeitsmodelle wirken sich auch auf die Betreuung der Mitglieder im Hause aus. Persönliche Gespräche werden weniger, die Besuche bei Geburtstagen scheitern oft an Abwesenheit, weil Präsenz vor Ort kleingeschrieben wird. Entweder ist das Geburtskind nicht im Haus oder das betreuende Vorstandsmitglied arbeitet von zu Hause. Es wird schwieriger, die so wichtigen Kontakte – insbesondere zur Mitgliederwerbung – zu halten, da sich das Telefon für viele Gespräche nicht so wirklich anbietet. Deshalb wird sich der Fachgruppenvorstand für das Jahr 2023 auch neue Ideen einfallen lassen müssen, um Gratulationen anders zu organisieren und sich bzgl. kleiner Aufmerksamkeiten eine sichere und zeitnahe Übergabe ausdenken.

Der Fachgruppenvorsitzende berichtete dann über den Vertretertag des vbob, der nach vier Jahren in diesem Jahr wieder durchzuführen war – zur Freude der teilnehmenden Flensburgerinnen und Flensburger, „ganz dicht bei“, im



> Die neu gewählte Fachgruppenvorsitzende Judith Kelch umrahmt von ihrem Vorgänger Norbert Haack und dem Bundesvorsitzenden Frank Gehlen

© FC KBA (3)

frisch sanierten CCH in Hamburg. Eine toll gelungene Tagung über knapp 2,5 Tage. Unsere Fachgruppe hatte elf Anträge erarbeitet und diese den 150 Vertreterinnen und Vertretern zur Annahme vorgeschlagen.

Die meisten unserer Themen wurden vom Bundesvorstand und den anderen 54 Fachgruppen in Deutschland angenommen und werden nun nach und nach von unseren gewählten Gewerkschaftsvertretern und dem dbb an entsprechender Stelle in der Politik und in den zuständigen Ministerien erörtert. Über diese Wege muss man Verständnis und Interesse an den Vorschlägen der Fachgruppen wecken, damit sie zu gegebener Zeit zugunsten der Beschäftigten umgesetzt werden.

Viel Überzeugungsarbeit ist von den gewählten Vertreterinnen und Vertretern aufzubringen, um die Politik zu einem gemeinsamen Ergebnis zu bewegen. Parallel stehen in diesen turbulenten Zeiten auch die Tarifverhandlungen für den Bund und die Kommunen an, welche in erster Linie höhere Löhne bringen müssen, damit

die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ihre Strom- und Heizkosten tragen können.

Am 28. September hatte unser Bundesvorsitzender den ursprünglich für die kombi organisierten Branchentag des dbb über seine Quellen so variieren können, dass auch der vbob in Flensburg seine Vorstellungen und Forderungen gegenüber dem stellv. Vorsitzenden Volker Geyer loswerden konnte. Kurzerhand hatten kombi und vbob einen Raum angemietet und für das leibliche Wohl von rund 40 Personen gesorgt. Hatten wir aus dem KBA mit ca. einem Dutzend Beschäftigten gerechnet, ging der Kollege Lothar Christiansen vom Rathaus davon aus, dass allein vom BDZ 30 Personen eintreffen würden. So üppig besetzt war der Raum im Restaurant OASE dann doch nicht belegt, aber es gab dennoch einen regen Austausch von beiden Gewerkschaften und viele Argumente, die letztlich zu der seit dem 11. Oktober bekannten Forderung unseres Dachverbandes, der dbb beamtenbund und tarifunion in Zusammenarbeit mit ver.di als Gewerkschaft im DGB führten.

Der Fachgruppenvorsitzende berichtete weiter, dass der dbb schleswig-holstein im September zur Landesbeiratssitzung eingeladen hatte. Auch bei diesem Termin war Norbert Haack vor Ort und somit ein letztes Mal in der Runde der Vorsitzenden von komba, DSTG, VAB und allen übrigen Gewerkschaften dabei. Der Landesbundvorsitzende Kai Tellkamp berichtete über die Fortschritte in der Arbeit des Landesbundes und bat darum, die Belange der Landesbeschäftigten zur Kenntnis zu nehmen. Highlight dabei war der Besuch der Finanzministerin Monika Heinold, die über die aktuelle Entwicklung des schleswig-holsteinischen Haushalts und die Umsetzung der amtsangemessenen Besoldung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes referierte. Die Beschäftigten des Landes SH sehen hierin allerdings keine zielführende Lösung, es gäbe nach dieser „Krücke“ gerade in den unteren Lohn- und Besoldungsgruppen immer noch zu viele Ungerechtigkeiten.

Der Landesbundvorsitzende Kai Tellkamp rief am Ende der Veranstaltung zu großer Beteiligung aller in Schleswig-Holstein Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei den Tarifverhandlungen in 2023 auf.



> Norbert Haack wurde von seinen Mitgliedern verabschiedet.

Zum Abschluss seines Berichts bedankte sich Norbert Haack für die gute Unterstützung des Fachgruppenvorstands und die Zuverlässigkeit des „harten Kerns“, der bei jedem Warnstreik und den jährlichen Mitgliederversammlungen Unterstützung geleistet hat.

Er gratulierte einem Mitglied zu 40 Jahren Mitgliedschaft und überreichte ihr die Ehrenurkunde. Ein weiteres Mitglied hatte Geburtstag und erhielt neben den Glückwünschen zum Jubeltag ein kleines Geschenk vom Fachgruppenvorstand.

Der Kassenwart Faruk Haxhijaj stellte die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 2021 vor und nahm zu Fragen aus der Versammlung Stellung. Norbert Haack verlas dann noch den Bericht der Kassenprüferinnen Bianca Lorenzen und Silke Kuper, die dem Kassenwart eine vorzügliche Pflege der Unterlagen bescheinigten und der Versammlung nachwiesen, dass die Jahresabrechnung 2022 fehlerfrei geprüft wurde.

Neuwahlen

Anhand der weiteren Tagesordnung wählte die Versammlung den Bundesvorsitzenden zum Versammlungsleiter und Frank Gehlen übernahm die Aufgabe gerne.

Für den neuen Vorsitz der Fachgruppe wurde die Kollegin Judith Kelch vorgeschlagen. Weitere Vorschläge und Interessenbekundungen gab es nicht, sodass der Versammlungsleiter um die Stimmenabgabe bitten konnte. Mit einem Ergebnis von 27 Ja-Stimmen und bei einer Enthaltung wurde Judith Kelch zur neuen Fachgruppenvorsitzenden

der Fachgruppe Kraftfahrt-Bundesamt gewählt.

Mit besonderer Freude übernimmt daher zum ersten Mal in der Geschichte der Fachgruppe keine verbeamtete Beschäftigte den Vorsitz – erstmalig eine Tarifbeschäftigte und kein Mann an der Spitze.

Frank Gehlen und Norbert Haack gratulierten der neu gewählten Fachgruppenvorsit-

zenden ganz herzlich, wünschten ihr gutes Gelingen in der neuen Aufgaben und überreichten einen Blumenstrauß zum Start in die Amtszeit.



> Die Mitgliederversammlung im KBA – gut besucht

zenden ganz herzlich, wünschten ihr gutes Gelingen in der neuen Aufgaben und überreichten einen Blumenstrauß zum Start in die Amtszeit.

Hiernach waren drei Beisitzerinnen und Beisitzer in ihren Aufgaben zu bestätigen bzw. neu zu wählen. Frauke Lorenzen und Sven Schönhoff stellten sich zur Wiederwahl und Norbert Haack erklärte sich bereit, auch als künftiger Pensionär für die Arbeit der Fachgruppe da zu sein und Organisatorisches für die Mitglieder auf die Beine zu stellen.

In der Folge war die Position aus der Stellvertretung nachzubesetzen, welche Judith Kelch bei der Übernahme der neuen Aufgabe freigemacht hatte. Für die Wahl eines Stellvertreters mit dem Aufgabenschwerpunkt Tarifangelegenheiten wurde Stephan Schlereth vorgeschlagen, welcher das Amt

gerne annahm und mit 27 Ja-Stimmen und einer Enthaltung gewählt wurde. Judith Kelch begrüßte die Kolleginnen und Kollegen als neue Fachgruppenvorsitzende, bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen und bat für die anstehenden Aufgaben weiterhin um Unterstützung, welche einhellig zugesagt wurde. Anschließend trug Bernd Nörenberg eine Rede für Nor-

bert Haack vor, Judith Kelch überreichte einige Dankesgeschenke an ihren Vorgänger und der scheidende FG-Vorsitzende dankte für die Geschenke und die netten Worte.

Gemütliches Ausklingen

Anschließend luden die neu gewählte FG-Vorsitzende Judith Kelch und Norbert Haack die teilnehmenden Mitglieder und den Gast aus Berlin zu einem Schlemmermenü in den Mehrzwecksaal ein. Beim gemütlichen Essen und netten Gesprächen ging der lange Nachmittag zu Ende.

Pünktlich zur Abfahrt des Zuges nach Berlin brachte Norbert Haack den Bundesvorsitzenden zum Flensburger Bahnhof und dankte ihm nochmals für seine persönliche Teilnahme und den dafür in Kauf genommenen Aufwand.

nh

Kommentierte Pressestimmen

Hitzewellen, Dürren und Extremwetterereignisse wurden in Deutschland in den vergangenen Jahren vermehrt dokumentiert und zeigten den Menschen, wie sich der Klimawandel in der Zukunft auch in zentraleuropäischen Ländern auswirken kann. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, entwickeln die Bürger*innen viele Ideen und Aktionen. „Fridays for Future“ versuchte, mit großen Demonstrationen die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Die „Letzte Generation“ sorgte mit ihrer Art des Protests bundesweit für Aufsehen.

■ Ist das noch Protest oder schon Extremismus?

Straßenblockaden und Attacken auf Kunstwerke mit Öl, Suppen oder Farbe. Dies sind die Aktionen der sogenannten „Letzten Generation“, welche zuletzt großes mediales Aufsehen erregten. Sie möchten damit auf den weiter fortschreitenden Klimawandel und dessen Konsequenzen auf dem Planeten Erde aufmerksam machen. Doch dass dies nicht ungefährlich ist, zeigte sich Ende Oktober, als eine Frau bei einem tödlichen Verkehrsunfall in Berlin von einem Betonmischer überrollt und darunter festgeklemmt wurde. Durch zwei Aktivisten, welche sich auf der Straße festgeklebt hatten, konnte ein Hilfsfahrzeug der Feuerwehr nicht rechtzeitig zum Unfallort kommen. „Das erste Todesopfer von der Letzten Generation“ schrieb der Liberale Alexander Graf Lambsdorff daraufhin auf Twitter (**DERWESTEN**; 4. November 2022). Ein Vorwurf, welcher im Nachhinein allerdings durch einen Rettungsbericht abgeschwächt wurde. Laut diesem

hätte die Notärztin ohnehin auf den Einsatz des Fahrzeuges verzichtet, da dies länger gedauert und die medizinische Situation verschlechtert hätte.

Dass die Proteste aber jederzeit zu derartigen Problemen führen können, zeigte dieser Vorfall. Eine Tatsache, gegen die Bundesinnenministerin Nancy Faeser nun entschieden vorgehen möchte. „Wenn Straftaten begangen werden und andere Menschen gefährdet werden, ist jede Grenze legitimen Protests überschritten. Straftäter müssen schnell und konsequent verfolgt werden“, sagte sie gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (**BILD**; 3. November 2022). Die Polizei habe ihre vollste Unterstützung beim Durchgreifen gegen die Klimaaktivisten. Weiter betonte sie, dass die Aktionen dem Anliegen des Klimaschutzes nicht nutzen, sondern erheblich schaden. Die Sicherheitsbehörden hätten Radikalisierungsprozesse genau im Blick. Letztendlich bleibt aber vor allem die Forderung nach höheren Strafen, um auch potenzielle „Nachwuchsaktivisten“

abzuschrecken. Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) fordert Gefängnisstrafen und eine Beobachtung der Bewegung durch den Verfassungsschutz. Alle demokratischen Parteien müssten sich davon eindeutig distanzieren (Interview mit **BILD**; **B.Z.**; 5. November 2022).

■ Die Preise steigen – aber die Löhne bleiben gleich?

Inflation, Energiekrise, steigende Preise für Alltagsprodukte. Dieser Herausforderung müssen sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stellen. Doch wie geht es nun weiter? Die Forderungen der Gewerkschaften für die Tarifrunde 2023 mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) stehen: 10,5 Prozent mehr Geld, mindestens aber 500 Euro pro Monat, 200 Euro für Auszubildende, Studierende und Praktikanten. Diese sollen zukünftig auch von einer unbefristeten Übernahme profitieren können. Die Forderungen sind nicht klein, aber unterscheiden sich auch kaum von den Forderungen anderer Gewerkschaften, wie der IG Metall oder des Marburger Bundes. Wichtig ist dabei anzumerken, dass eine Einmalzahlung keine Antwort auf die Frage nach der steigenden Inflation ist. Die Forderung nach einem Mindestbetrag würde aber wohl fast allen Beschäftigten zugutekommen. Die Tabellenwerte der meisten Entgeltgruppen würden dabei tatsächlich besser ausfallen als die eigentliche Forderung nach 10,5 Prozent. In der Ent-

geltgruppe 9c z. B. würde sich die Erhöhung dann um knapp 15 Prozent erhöhen.

Kritik an den Forderungen kommt dabei unter anderem von Karin Welge, VKA-Präsidentin und Verhandlungsführerin der kommunalen Arbeitgeber. Die Forderungen der Gewerkschaften würden in ihrer Höhe überraschen und die finanzielle Lage der kommunalen Haushalte und Unternehmen nicht berücksichtigen, so Welge. Genau wie die Beschäftigten stünden auch die Arbeitgeber vor großen Herausforderungen mit den aktuellen Preissteigerungen. Letztendlich entscheidet sich dies dann in den Verhandlungsrunden, welche am 24. Januar 2023 starten werden. Sicher sei nur, dass die Gewerkschaften ihre Mitglieder mobilisieren und auf die Straße bringen wollen. (**Behörden Spiegel**; 11. November 2022)

Die Reform des Bürgergelds könnte nun aber auch Auswirkungen auf den Beamtenlohn haben. Der Abstand zwischen diesem und der Grundsicherung muss laut Bundesverfassungsgericht mindestens 15 Prozent (Nettobesoldung inklusive familienbezogener Leistungen und Kindergeld) betragen. Sonst käme der Staat seiner Alimentationspflicht nicht nach. Direkte Urteile gab es bislang nur für Berlin und NRW. Das Bundesverfassungsgericht wies aber auch die anderen 14 Bundesländer und den Bund an, die Besoldung entsprechend zu überprüfen. (**Handelsblatt.com**; 14. November 2022)

mh

Aus den Fachgruppen

Wahlen in der Fachgruppe Bundespresseamt

Die Fachgruppe im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung traf sich am 23. November 2022 zu ihrer Mitgliederversammlung. Turnusgemäß fand in diesem Jahr auch die Wahl eines neuen Fachgruppenvorstandes statt, in dem neben bekannten Gesichtern auch neue Personen vertreten sind.

Als Vorsitzender wurde Stefan Zeller bestätigt, der durch Torsten Friedrich und Claudia Walpuski als stellvertretende Vorsitzende unterstützt wird. Hervorzuheben ist, dass in der Fachgruppe bereits zum zweiten Mal Vorstandsmitglieder in die Funktionen einer Jugend-

vertretung sowie eines Beauftragten für Diversity gewählt wurden.

Darüber hinaus wurde die Mitgliederversammlung genutzt für eine intensive Diskussion über neue Formate des Zusammenkommens und inhaltlichen Zusammenwir-



kens bei der Gewerkschaftsarbeit, gerade in Hinblick auf die sich verändernde Arbeitswelt und der pandemie-

getriebenen Steigerung hybrider Arbeitsformen.

Torsten Friedrich/Stefan Zeller

Mitglieder im Ruhestand

Adventsnachmittag in Berlin

Viele vbob Mitglieder im Ruhestand freuten sich auf ein Wiedersehen. Coronabedingt waren in den letzten drei Jahren keine vbob Treffs möglich. Welche Freude in diesem Jahr!

Es fand wieder ein Adventsnachmittag in Berlin statt. Im Kaffeehaus Dallmayr, am Museum für Kommunikation, trafen sich dieses Mal unsere vbob Seniorennen und Senioren.

Der Gesprächsbedarf war groß. Nach so langer Zeit gab es viel zu erzählen und man freute sich, bekannte und neue Gesichter zu sehen.

Natürlich hatte der vbob Bundesvertreter der Mitglieder im Ruhestand auch Aktuelles aus dem Gewerkschaftsleben zu berichten, und Fragen hatten sich angehäuft, wurden disku-

tiert und beantwortet. Der Wunsch war groß nach weiteren vbob Treffs im nächsten Jahr und auch danach, den traditionellen Tagesausflug wieder aufleben zu lassen. *jp*



Bundesverwaltung

Beschäftigte erwarten Initiative

Der Reformstau bei den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst des Bundes muss endlich angegangen werden. Das Vertrauen der Beschäftigten ist bereits schwer erschüttert. Das hat der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach im Gespräch mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser am 25. November 2022 deutlich gemacht.

Die Beschäftigten erwarten von ihrer obersten Chefin mehr Initiative für den öffentlichen Dienst. Trotz der einschlägigen höchstrichterlichen Urteile ist die Alimentation der Beamtinnen und Beamten immer noch nicht verfassungskonform. Das ist ein unhaltbarer Zustand, der längst hätte beseitigt werden müssen. Spätestens mit der im Januar anstehenden Einkommensrunde muss nun zwingend ein großer Wurf her – und zwar über die angesichts der hohen Inflation berechnete Forderung nach 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro, mehr für beide Statusgruppen hinaus“, stellte Silberbach klar.



Bundesinnenministerin Nancy Faeser und dbb Chef Ulrich Silberbach

tinnen und Beamten vertröstet. So macht sich Politik unglaubwürdig. Und so ruiniert man nicht nur die Motivation der Kolleginnen und Kollegen, so stellt man sich auch im Wettbewerb um Nachwuchskräfte ins Abseits – gerade wenn die jungen Leute ständig lesen können, dass in den anderen Branchen und Regionen gleichzeitig über eine Viertageweche gesprochen wird.“

Der dbb Chef begrüßte, dass die Bundesinnenministerin sich zuletzt verstärkt um wichtige Themen der inneren Sicherheit bemüht habe.

„Umso unverständlicher ist für uns, warum sich auch in

Gerade bei den Beamtinnen und Beamten sei das Vertrauen in die politische Führung ohnehin seit Jahren schwer erschüttert, erklärte der dbb Chef: „Man muss es leider immer wieder betonen: Die Wochenarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten des Bundes wurde auf 41 Wochenstunden erhöht, weil man Geld sparen wollte. Den Kolleginnen und Kollegen hat man dabei versprochen, dass es sich um eine temporäre Maßnahme handelt. Um einen kurzfristigen Beitrag zur Krisenbewältigung. Das war 2006, vor 16 Jahren. Seitdem hat jede Bundesregierung die Beam-

diesem speziellen Bereich so wenig bewegt. Bei der vorigen dbb Jahrestagung hat Nancy Faeser angekündigt, dass die Polizeizulage ruhegehaltfähig werden soll, also auch bei der Versorgung im Alter wirkt – übrigens eine Regelung, die wir schon mal hatten und dann ebenfalls der Sparwut zum Opfer gefallen ist. Trotz dieser Zusage sind wir auch hier fast ein Jahr später nicht wirklich weiter. Die Beamtinnen und Beamten sind eine verlässliche Säule dieses Staates und diese Verlässlichkeit erwarten sie zu Recht auch von der Politik.“

Umfrage im Auftrag des dbb

Deutsche verlieren weiter Vertrauen in den Staat

Die meisten Sorgen machen sich die Deutschen aktuell um den immer spürbarer werdenden Klimawandel – gefolgt vom Krieg in der Ukraine und den hohen Energiekosten. So die Ergebnisse einer aktuellen forsa-Umfrage im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion. Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa) warnte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 25. November 2022 davor, dass die Menschen immer stärker das Vertrauen in den Staat und seine Schutzfunktion verlören: „Ich denke, weder Ampelkoalition noch Opposition haben verstanden, wie ernst die Lage wirklich ist.“ Der dbb Chef forderte deshalb erneut einen Investitionsplan, um Infrastruktur und Ausstattung

des öffentlichen Dienstes zu verbessern. Finanziert werden sollte dieser nötige Investitionsschub, ähnlich wie bei der Bundeswehr, über ein Sondervermögen.

Laut der Anfang November erhobenen forsa-Umfrage sorgen sich 59 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, dass sich der Klimawandel immer stärker auf den Alltag auswirkt. 53 Prozent befürchten, dass der russische Angriffskrieg auf die Ukraine auf andere Länder übergreift oder sogar in einen Weltkrieg mündet. 52 Prozent fürchten sich vor zu großen Belastungen durch zu hohe Kosten für Strom und Energie.

Mit 51 Prozent fast ebenso viele Menschen teilen die Sorge, dass es durch Cyberangriffe zu Ausfällen bei kritischen Infrastruktureinrichtungen kommt. 44 Prozent sorgen sich vor zu hohen Kosten für Lebensmittel. 42 Prozent treibt ein drohender Gasmangel für Haushalte und Wirtschaft um.

Im Dienstrecht steht die Ampel auf der Bremse

Knapp ein Jahr nach ihrem Amtsantritt habe die Bundesregierung kaum Fortschritte im Dienstrecht erzielt, kritisiert der dbb.

Für die Beamtinnen und Beamte des Bundes war das erste Ampeljahr ein verlorenes Jahr. Ob Besoldung oder Dienstrecht: Viele Baustellen wurden nicht geschlossen. Die Alimentation beim Bund entspricht immer noch nicht den verfassungsrechtlichen Vorgaben“, stellte Friedhelm Schäfer, Zweiter Vorsitzender und Fachvortrag Beamtenpolitik des dbb, am 11. November 2022 im Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Petra Nicolaisen fest. Die CDU-Politikerin aus Schleswig ist Mitglied im Innenausschuss des Bundestages.



wieder, wann auch sie als Beamtinnen und Beamte des Bundes die Möglichkeit zum Fahrradleasing über den Dienstherrn, gemeinhin als ‚Jobrad‘ bekannt, bekommen. So eine Maßnahme für eine nachhaltigere Mobilität sollte für eine Bundesregierung mit ambitionierten Klimaschutzplänen ein Selbstverständlichkeit sein, zumal es eine entsprechende Regelung für die Tarifbeschäftigten des Bundes sowie in einigen Ländern für die dortigen Beamtinnen

Teilweise gefährde die Ampel durch Untätigkeit sogar ihre selbst gesteckten Ziele: „Kolleginnen und Kollegen fragen uns immer

und Beamten längst gibt. Und das sind nur einige der Themen, bei denen die Ampel auf der Bremse steht.“

Einkommensrunde 2023

„Wir müssen Reallohnverluste aufholen“

Im Interview mit dem Handelsblatt (online am 18. November 2022) hat dbb Chef Ulrich Silberbach die Einkommensforderung der Gewerkschaften an Bund und Kommunen verteidigt.

Foto: eamesBot/Colourbox.de

Die Lebenshaltungskosten haben sich dramatisch erhöht und der größte Teil der Beschäftigten arbeitet im unteren und mittleren Dienst und wird nicht wie Staatssekretäre bezahlt“, begründet Ulrich Silberbach die dbb Forderung nach 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro, mehr für die Beschäftigten von Bund und Kommunen. Auch die von den kommunalen Arbeitgebenden dafür kalkulierten Gesamtkosten seien kein schlagkräftiges Gegenargument. Silberbach: „Die Politik hat in kurzer Zeit 500 Milliarden Euro für Coronahilfen, Bundeswehr, Entlastungspakete und Gaspreisbremse mobilisiert. Da wären selbst 16 Milliarden nicht der Untergang des Abendlandes.“

Auch beim Thema Sanierung und Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur erwarte der dbb entschiedener Schritte der Politik. Silberbach: „Jeder Hausbesitzer und jede Firma wird genötigt, Energie zu sparen. Da kann ich nur sagen: Schaut euch mal die Schulen, Kitas und Verwaltungsgebäude an. Da pfeift es an allen Ecken und Enden.“ Natürlich seien die finanziellen Mittel begrenzt und ein generelles Festhalten an der Schuldengrenze sinnvoll. „Aber man muss schon fragen, ob man sie so hart anzieht, dass wir der nachkommenden Generationen eine dahinsiechende Infrastruktur ans Bein binden.“

Hinzu komme in der Einkommensdebatte für Arbeitnehmende sowie Beamtinnen und Beamte des öffentlichen Dienstes ein weiterer wichtiger Aspekt. „Der Staat kann es sich nicht erlauben, seine Bediensteten nur minimal besser zu behandeln als Grundsicherungsbezieher. Dazu gibt es inzwischen jede Menge höchstrichterliche Rechtsprechung. Bei der Bundespolizei sind Beschäftigte teils noch in A 6 oder A 7 eingruppiert, das bedeutet eine Grundvergütung von 2 500 beziehungsweise 2 600 Euro brutto im Monat. Durch das Bürgergeld wird der Druck noch größer werden, das Mindestabstandsgebot einzuhalten“, so der dbb Chef.

Nancy Faeser, Bundesministerin des Innern und für Heimat

Im Moment sehe ich keinen Spielraum, die wöchentliche Arbeitszeit abzusenken



© Peter Jülich

Frau Ministerin, der Fachkräftemangel ist ein riesiges Problem für dieses Land. Beim entsprechenden Gipfel und der Strategie der Bundesregierung spielte und spielt der öffentliche Dienst aber kaum eine Rolle, obwohl hier bereits heute 360 000 Beschäftigte fehlen. Wird sich das noch ändern?

Auch der öffentliche Dienst kann von der breit angelegten Fachkräftestrategie profitieren. Der Bund ist zudem bereits sehr aktiv bei der Entwicklung von Strategien zur Gewinnung von Fachkräften, indem er die Arbeitsbedingungen für Fachkräfte nicht nur beim Gehalt mit zusätzlichen, gezielten Personalgewinnungsinstrumenten kontinuierlich verbessert. Der Bund bietet neben sinnstiftenden Jobs auch umfangreiche Entwicklungsmöglichkeiten. Es gibt großzügige Gleitzeitregelungen, Teilzeitmodelle, Langzeitkonten, Ausgleich von Mehrarbeit und Verkürzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit bei Pflege und Betreuung. Insbesondere für die Generationen Y und Z ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein entscheidender Faktor, mit dem wir punkten können. Um diese Attraktivitätsfaktoren noch besser zu bewerben, wollen wir eine „Arbeitgeberdachmarke Bund“ etablieren. Im Rahmen dieser Kampagne werden wir die vielfältigen Vorzüge einer Beschäf-

tigung beim Bund sowie die Einstiegschancen noch deutlicher herausstellen. Auf der Internetseite wir-sind-bund.de gehen wir zudem auch besonders auf Bewerberinnen und Bewerber mit Einwanderungsgeschichte oder aus dem Ausland ein.

Welche Impulse zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes wollen Sie in der anstehenden Einkommensrunde setzen? Und ist es nicht auch im Interesse von Bund und Kommunen, gerade angesichts der volatilen wirtschaftlichen Lage eine kurze Laufzeit zu vereinbaren?

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen leisten eine wertvolle und für unsere Gesellschaft unverzichtbare Arbeit. Sie sorgen dafür, dass unser Staat handlungsfähig ist, gerade in Krisenzeiten. Die Auswirkungen der aktuellen Krisen sowie der Inflation treffen auch die Beschäftigten selbst. Sie erwarten zu Recht, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften angemessene lohnpolitische Antworten auf die aktuellen Herausforderungen finden.

Ich bin jedoch zuversichtlich, dass wir in den kommenden Tarifverhandlungen gute und sachgerechte Lösungen finden werden.

Der öffentliche Dienst wird auch weiterhin ein sicherer und attraktiver Arbeitgeber bleiben.

In Ihrem direkten Einflussbereich, dem Dienstrecht des Bundes, gibt es hinsichtlich der Attraktivität des Staatsdienstes noch einige andere offene Baustellen: Die Bundesbesoldung an die verfassungsrechtlichen Vorgaben anpassen, die Weiterentwicklung der Familienbesoldung prüfen, die Wegstreckenentschädigung aktualisieren, die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage einführen und nicht zuletzt die überfällige Absenkung der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des Bundes. Warum gibt es hier allenfalls überschaubare Fortschritte?

Die erforderliche Anpassung der Bundesbesoldung an die Beschlüsse des BVerfG vom 4. Mai 2020 ist eine Herausforderung, der wir uns stellen. Allerdings gilt gerade hier: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Das Bundesverfassungsgericht hat sich in den vergangenen Jahren in verschiedenen Entscheidungen eingehend mit der Frage der Amtsangemessenheit der Alimentation befasst. Es geht also nicht nur um die Umsetzung der Beschlüsse vom 4. Mai 2020, sondern um ein in sich stimmiges Gesamtkonzept. Ein solches Konzept wirft eine Reihe dienstrechtspolitischer wie verfassungsrechtlicher Fragen auf, die zunächst abschließend zu klären sind. Daneben sind natürlich immer auch hausälterische Gesichtspunkte mit in den Blick zu nehmen. Die erforderlichen Vorabstimmungen, auch mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium der Justiz, sind inzwischen weit fortgeschritten, sodass ein entsprechender Gesetzentwurf, mit dem auch die Prüfergebnisse zur Familialimentation umgesetzt werden, hoffentlich bald auch den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften im Rahmen ihrer Beteiligungsrechte übermittelt werden kann.

Zur Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage habe ich bereits Ende April dieses Jahres einen Gesetzentwurf auf Basis der Vereinbarung des Koalitionsvertrages vorgelegt. Das Vorhaben ist mir persönlich ein sehr wichtiges Anliegen. Ich werde mich weiterhin für diesen Gesetzentwurf einsetzen.

Die Bundesregierung hat im Klimaschutzprogramm 2030 eine höhere Wegstreckenentschädigung für die Nutzung privater Pkw ausgeschlossen, um auch bei Dienstreisen die wichtigen Aspekte Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit im Sinne der Klimaschutzziele zu stärken. Stattdessen werden nunmehr Kosten, die durch umweltverträgliches und nachhaltiges Reisen – wie etwa die Bahnnutzung – zusätzlich entstehen, vollständig erstattet.

Die Frage der Wochenarbeitszeit muss aus meiner Sicht im Kontext der aktuellen Lage diskutiert werden. Als Bundesverwaltung liegt unser Fokus derzeit auf der Bewältigung der aktuellen Krisen und der Herausforderungen der Zukunft. Ich möchte beispielhaft die Pandemie, die Energieversorgungssicherheit nach dem russischen Angriffskrieg, die Digitalisierung und den ökologischen Umbau der Verwaltung anführen. Dafür braucht es ei-

nen leistungsstarken öffentlichen Dienst. Angesichts dieser ressourcenintensiven Aufgaben, der nach wie vor bestehenden hohen Arbeitsbelastung bei gleichzeitigem Fachkräftemangel in vielen Bereichen und der angespannten Haushaltslage sehe ich im Moment keinen Spielraum, die wöchentliche Arbeitszeit abzusenken.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gerade auch mit Blick auf die Pflege, wird immer bedeutsamer. Und damit auch flexible Arbeitsformen und bedarfsgerechte Arbeitszeitmodelle, sowohl für die Bestandsbeschäftigten als auch für die Gewinnung von Nachwuchskräften. Wie wollen Sie diese Themen angehen? Gerade auch hinsichtlich Führungspositionen?

Als öffentlicher Dienst möchten wir unseren Beschäftigten Arbeitsbedingungen anbieten, die zu ihrem persönlichen Lebensentwurf passen sowie Betreuungs- und Pflegeaufgaben berücksichtigen. Nach meiner Erfahrung ist dabei zentral, dass die Beschäftigten ihre Arbeitszeit und ihren Arbeitsort in einem vorgegebenen Rahmen flexibel gestalten können. In der Bundesverwaltung sind wir in diesem Bereich bereits sehr gut aufgestellt: Arbeitsmodelle wie die Teilzeit, Gleitzeit oder das erweiterte Angebot für mobiles Arbeiten ermöglichen es, die Beschäftigungsbedingungen an die individuelle Lebenssituation anzupassen. Das gilt auch für unsere Führungskräfte. Nicht zuletzt durch die Coronapandemie haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Flexibilisierungsinstrumente in der Praxis sehr gut funktionieren und deren Inanspruchnahme weiterhin gefördert werden sollte.

Neben dem Fachkräftemangel ist die Digitalisierung der Verwaltung ein Megathema – beide Herausforderungen hängen natürlich auch unmittelbar zusammen. Wann haben Sie das letzte Mal eine digitale Behördenleistung in Anspruch genommen und welche war das?

Ich finde es gut, dass Sie den Zusammenhang zwischen Fachkräftemangel und Verwaltungsdigitalisierung so klar benennen. Nur eine Verwaltung, die die digitalen Möglichkeiten ausschöpft, die einen modernen Arbeitsplatz anbietet, ist auch auf Dauer attraktiv für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Verwaltungsdigitalisierung – man sollte wohl sagen -modernisierung – ist hier ein ganz wichtiger Attraktivitätsfaktor. Menschen, die beim Staat arbeiten, erwarten eine sichere Arbeitsperspektive, aber auch Sinnhaftigkeit in ihrer Tätigkeit. Das geht auf Dauer nur, wenn das Arbeiten selbst modern gestaltet ist. Also ohne Fax und Papierberge, dafür etwa mit modernen digitalen Kooperationsmöglichkeiten – auch auf Augenhöhe und als Partner von Bürgern und Unternehmen. Weil Sie so konkret danach fragen: Es gibt die Online-Ausweisfunktion, mit der man zahlreiche Behördengänge vermeiden kann. Ich habe das schon genutzt.

Im Großen und Ganzen sieht es jedoch so aus: Das Ziel vom Onlinezugangsgesetz, bis Ende des Jahres 575 Verwaltungsleistungen auch digital über Verwaltungsportale anzubieten,

wird Stand heute sicher nicht erreicht. Wann wird es denn sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Beschäftigten spürbare Fortschritte geben?

Der Bund hat seine Verpflichtungen aus dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Wesentlichen erfüllt – Basiskomponenten wie Bundesportal und BundID stehen bereit und werden stetig weiterentwickelt. 35 OZG-Projekte im Digitalisierungsprogramm Bund sind bereits vollständig abgeschlossen, für 111 weitere Projekte ist laut zuständigen Bundesressorts der Abschluss 2022 noch geplant. Aber es ist völlig klar, die Digitalisierung der Verwaltung wird mit dem Ende der OZG-Frist am 31. Dezember 2022 nicht abgeschlossen sein, sondern eine Dauer- und Querschnittsaufgabe bleiben. Die Fristsetzung war jedoch wichtig, damit wir vorankommen.

Wichtig ist, dass wir die Abläufe in der Verwaltung nicht einfach von analog auf digital umstellen, sondern uns Prozesse insgesamt aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger, aber auch den Beschäftigten in der Verwaltung genauer anschauen und sie hinterfragen.

So planen wir beispielsweise gerade, dass künftig bestimmte Ausweisdokumente zu den Bürgerinnen und Bürgern direkt von der Bundesdruckerei nach Hause geschickt werden.

Die größte Herausforderung weltweit ist derzeit der Klimawandel und seine Folgen. Welchen Beitrag kann der öffentliche Dienst, insbesondere auf Bundesebene, aus Ihrer Sicht für einen besseren Klimaschutz leisten? Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Sollte es nicht auch für die Beamtinnen und Beamten des Bundes die Möglichkeit eines Fahrradleasings (Beispiel „Jobrad“) geben, wie das bei den Tarifbeschäftigten und in einigen Ländern schon der Fall ist?

Der Klimaschutz ist ein überaus wichtiges Ziel der Bundesregierung, das auf allen Ebenen verfolgt wird. Der öffentliche Dienst geht dabei mit gutem Beispiel voran. Auf meiner Behördenleitungstagung im September war die Klimakrise das Schwerpunktthema. Zur Erreichung der Klimaziele wird der öffentliche Dienst und damit auch mein Ressort seinen Beitrag leisten. Weil Sie konkret danach fragen: Ein Baustein ist die Förderung der Fahrrad-



© Angelika Aschenbach

Menschen, die beim Staat arbeiten, erwarten eine sichere Arbeitsperspektive, aber auch Sinnhaftigkeit in ihrer Tätigkeit. Das geht auf Dauer nur, wenn das Arbeiten selbst modern gestaltet ist. Also ohne Fax und Papierberge, dafür etwa mit modernen digitalen Kooperationsmöglichkeiten.

dass einer von vier Beschäftigten im öffentlichen Dienst schon Gewalt erfahren hat. Sie haben angekündigt, dass mehr getan werden muss, um die Menschen zu schützen, die unser Land jeden Tag am Laufen halten. Was planen Sie für eine bessere Gewaltprävention und den Schutz der Beschäftigten?

Ich bin den Gewerkschaften sehr dankbar, dass sie bei diesem Thema so engagiert an der Studie mitgearbeitet haben. Wie wir gemeinsam feststellen konnten, besteht hier Handlungsbedarf. Die Studie war breit angelegt und umfasste sowohl Beschäftigte beim Bund als auch bei Ländern und Kommunen. Letztere stellen mit 4,5 Millionen den Großteil der insgesamt rund fünf Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Deshalb wurden die Ergebnisse der Studie auch im Rahmen einer Tagung im Sommer dieses Jahres einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt und auf einer gemeinsamen Internetplattform den Ländern zugänglich gemacht. Im Rahmen einer Bund-Länder-Besprechung im September dieses Jahres wurde die Umsetzung der in der Studie herausgearbeiteten Handlungsempfehlungen erörtert. Wir sind uns einig, dass es jetzt ganz schnell an die weitere Umsetzung gehen muss, dafür bleiben wir mit allen Beteiligten im Gespräch. ■

mobilität. Ressortübergreifend wird unter der Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales eine Richtlinie zur Förderung der Fahrradmobilität erarbeitet, die die bereits bestehende Regelung über die Zahlung von Zuschüssen zum Jobticket ergänzen soll. Die Förderung der Fahrradmobilität hat allerdings nicht die Hebelwirkung wie etwa die Reduzierung des Wärmeverbrauchs von Bundesliegenschaften, also die energetische Sanierung. Bei der Förderung der Fahrradmobilität müssen Aufwand und Nutzen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen und der bürokratische Aufwand gering gehalten werden. Das Modell des Jobradleasings, bei dem der administrative Aufwand in keinem günstigen Verhältnis zum Nutzen steht, wird deshalb nicht weiterverfolgt.

In diesem Jahr wurde das Ergebnis einer umfangreichen Studie zur Gewalt gegen Beschäftigte vorgestellt, die von Ihrem Haus initiiert und von den Gewerkschaften begleitet wurde. Daraus geht unter anderem hervor,

Rahmendaten zur Einkommensrunde 2023

Ein Lohnplus stabilisiert die Volkswirtschaft

Foto: Mykola Mazuryk/Colourbox.de

Ein Blick auf die geopolitische Welt- und Wirtschaftslage verheißt wenig Gutes: Pandemiefolgen, Ukraine-Krieg, Taiwan-Krise, Türkei-Griechenland-Konflikt, internationale Handelsstreitigkeiten und eine mögliche Rezession gehen mit dem stärksten Anstieg der Inflation seit Jahrzehnten einher. Die kritische Gemengelage dient extremen politischen Kräften zudem als idealer Nährboden für ihre gefährlichen Ideologien. Dem gilt es, Fakten entgegenzusetzen – und einen starken, funktionsfähigen öffentlichen Dienst.

Der öffentliche Dienst galt in vergangenen Krisen als Stabilitätsanker. Als größter Arbeitgeber Deutschlands sorgt er auch jetzt für das reibungslose Funktionieren von Rechtsstaat, Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Personell zwischenzeitlich stark zusammengeschrumpft, kämpft die öffentliche Hand heute allerdings auch mit demografischen Problemen und Fachkräftemangel. Bei der politischen Erkenntnis, dass es einer wirksamen Fachkräfteinitiative bedarf, darf es aber nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. Einen öffentlichen Dienst, der krisenresilient ist und unverzichtbaren Service für Wirtschaft und Gesellschaft leistet, gibt es nicht im Sonderangebot. Daher können auch die Forderungen der Gewerkschaften für die Einkommensrunde 2023 für die Beschäftigten von Bund und Kommunen nicht losgelöst von den derzeit vorherrschenden Krisen und ihren Folgen betrachtet werden.

Explodierende Preise

Folgen der geopolitischen Spannungen sind unter anderem in explodierenden Preisen für Energie und Nahrungsmittel zu beobachten. Erste Firmen haben bereits Insolvenz angemeldet, Gesellschaft und Wirtschaft sind gleichermaßen verunsichert. Eine Insolvenz des Staates ist jedoch nicht zu befürchten, und der öffentliche Dienst fungiert auch jetzt als Stabilitätsfaktor, der unter anderem für die Umsetzung der Entlastungspakete sorgt. Im Volumen belaufen sie sich inklusive des von Bundeskanzler Scholz als „Doppelwumms“ bezeichneten Wirtschaftsstabilisierungsfonds zur Energieentlastung auf gut 295 Milliarden Euro.

Die Summe ist zwar einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik. Dennoch können steuerbefreite Einmalzahlungen allein die sogenannte Lohn-Preis-Spirale nicht aushebeln, denn damit laufen Löhne und Gehälter der Preisentwicklung langfristig hinterher. Die Antwort können nur Lohnsteigerungen sein, die mit den wirtschaftlichen Rahmendaten korrespondieren und die Inflation berücksichtigen. Die Absicht der Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene für weitere Preisdämpfungen auf den Energiemärkten einzusetzen, ist zwar positiv zu bewerten, bleibt als Absichtserklärung aber zu vage. Insgesamt sind diese Eingriffe in die marktwirtschaftliche Ordnung in der aktuellen Krisensituation jedoch zu rechtfertigen und sinnvoll. Zum Modus Operandi dürfen sie aber nicht gemacht werden, denn das wäre nicht bezahlbar und schädete der Volkswirtschaft auf Dauer.

Preissteigerungen berücksichtigen

Neben der Inflation bleiben die Argumente für einen angemessenen Tarifabschluss die gleichen wie seit Jahren: Der öffentliche Dienst als größter Arbeitgeber in Deutschland muss eine Vorreiterrolle einnehmen. Es geht nicht nur darum, die Beschäftigten auskömmlich und wertschätzend zu bezahlen. Der öffentliche Dienst muss wieder als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen werden, um Fachkräfte gewinnen und binden zu können.

Das zu erzielende Tarifergebnis wird aufgrund der aktuellen Inflation auch in die Zukunft wirken. Bleiben Tarifsteigerungen hinter der Inflationsrate zurück, schlägt das im Endeffekt auch auf die

späteren Renten und Pensionen durch. Auch die übrigen Sozialabgaben sind inflationsgetrieben: Besonders die Kranken- und Pflegeversicherung spürt noch die Nachwehen der Coronapandemie. Mit weiter stark steigenden Kosten für Löhne, Arzneimittel und medizinisches Gerät sowie für Mieten für Praxen und Krankenhäuser wird das Einfluss auf die Sozialversicherungsbeiträge haben.

Gefahr der Rezession

Mittlerweile befürchten viele Experten, dass eine Rezession in Deutschland nicht mehr abzuwenden ist. Die aktuellste Prognose des Ifo Instituts geht davon aus, dass sich Deutschland auf dem Weg in eine Winterrezession befindet. Für das kommende Jahr erwartet das Institut einen leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,3 Prozent, für dieses Jahr aber immerhin noch ein Wachstum von 1,6 Prozent. Aber es gibt auch positive Nachrichten: So hat der reale, preisbereinigte Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Juli 2022 kalender- und saisonbereinigt um 0,7 Prozent gegenüber dem Vormonat zugenommen. Der Auftragsbestand ist ein guter Indikator für die zukünftige Entwicklung. Im Vergleich zum Vorjahresmonat Juli 2021 lag der Auftragsbestand im Juli 2022 kalenderbereinigt sogar um 12,6 Prozent höher. Damit hat der Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes einen neuen Höchststand seit Beginn der Erfassung im Jahr 2015 erreicht.

Die Inflation bleibt hoch

Die Inflationsrate dürfte nach den aktuellsten Voraussagen mehrerer Wirtschaftsforschungsinstitute jahresdurchschnittlich bei 7,8 Prozent in diesem Jahr und 7,1 Prozent im Jahr 2023 liegen. Weiter verhindern die Kürzungen der Gaslieferungen aus Russland und die dadurch ausgelösten drastischen Preissteigerungen die wirtschaftliche Erholung nach Corona. Im Vergleich zum Juni senkt das Ifo Institut seine Wachstumsprognose für 2023 deutlich um vier Prozentpunkte und erhöht die Inflationsprognose kräftig um sechs Prozentpunkte. Damit gehen die realen Haushaltseinkommen kräftig zurück, die Kaufkraft sinkt spürbar. Das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung dürfte diesem Rückgang zwar etwas entgegenwirken, ihn aber bei Weitem nicht ausgleichen. Für 2024 wird dann mit einer Normalisierung von Wachstum und Inflation gerechnet.

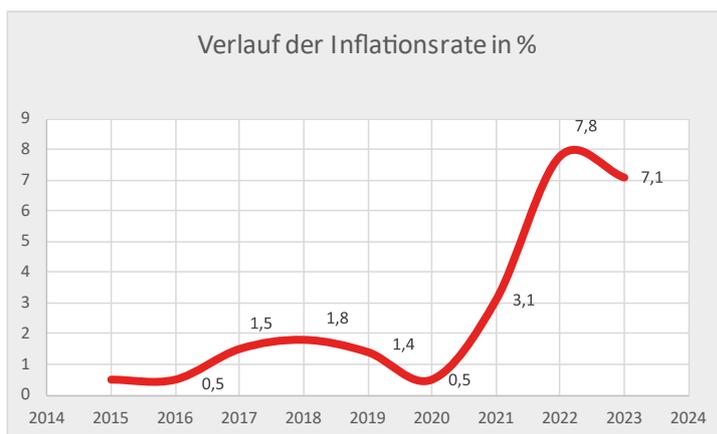
Kaufkraftverlust

Der Kaufkraftverlust ist, gemessen am Rückgang der realen Pro-Kopf-Entgelte in diesem und im kommenden Jahr um jeweils etwa drei Prozent so hoch wie nie zuvor seit dem Beginn der heutigen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Jahre 1970. Hier droht die Inflation den Stabilitätsanker „privater Kon-

sum“ abzuwürgen, was die Wirtschaftsentwicklung weiter drosseln würde. Insofern führt zur Stabilisierung des Wirtschaftsgeschehens kein Weg an einer adäquaten Entgelterhöhung in den nächsten Einkommensrunden vorbei.

Mehreinnahmen durch Steuern

Das gilt umso mehr, da der Staat selbst von der steigenden Inflation profitiert. So wurden im ersten Halbjahr 2022 bei der Umsatzsteuer knapp 29 Milliarden Euro mehr eingenommen als im Vorjahreshalbjahr. Das entspricht einer Steigerung von 25,7 Prozent. Hielte der Trend an, könnte das Aufkommen allein bei der Umsatzsteuer am Ende des Jahres 60 Milliarden Euro mehr betragen. Auch bei den Energiesteuern nahm der Fiskus 5,5 Prozent oder 13,5 Milliarden Euro mehr ein. Insgesamt erreichte der Staat im ersten Halbjahr ein Einnahmepplus bei den Steuern von 17,5 Prozent, die gesamten Steuereinnahmen stiegen auf 408 Milliarden Euro. Die Einnahmen der Gemeinden aus dem Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern stiegen im Berichtszeitraum um 12,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr.



Für das Jahr 2022 und das Jahr 2023, Durchschnitt aus den Prognosen von fünf Wirtschaftsforschungsinstituten (RWI, IWH, HWWI, IfW, Ifo), Stand September 2022

Der neuesten Steuerschätzung vom Oktober 2022 zufolge werden die Einnahmen auch in den kommenden Jahren weiter steigen. Die Steuerschätzer gehen davon aus, dass Bund, Länder und Kommunen bis 2026 rund 126,4 Milliarden Euro mehr einnehmen als in der Steuerschätzung von Mai 2022 erwartet. Allerdings sollen die Steuereinnahmen 2022 um 1,7 Milliarden Euro geringer als vorhergesagt ausfallen. Für 2023 werden Mehreinnahmen in Höhe von 8,9 Milliarden Euro erwartet. Das würde Rekorderlöse von 937,3 Milliarden Euro bedeuten. Die prognostizierten Steuereinnahmen liegen im Vergleich zur Schätzung im Mai 2022 dabei vor allem in den Jahren 2024 bis 2026 höher, um rund 28,3 Milliarden Euro in 2024 bis zu rund 46,8 Milliarden Euro im Jahr 2026.

Privaten Konsum stärken

Allerdings muss der Staat bei Investitionen und Ausgaben einerseits ebenfalls höhere Preise zahlen. Andererseits hat der private Konsum gegenüber dem Export mittlerweile einen höheren Stellenwert eingenommen als noch vor einigen Jahren, die Binnenkonjunktur nimmt einen höheren Stellenwert ein. Insofern sollten die öffentlichen Arbeitgeber ihren Beitrag dazu leisten, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit angemessenen Einkommenssteigerungen in die Lage versetzt werden, die Binnenkonjunktur auch weiterhin zu stützen. Darüber hinaus ist der öffentliche Dienst als größter Anbieter und Betreiber von Infrastrukturen ein Wegbereiter des Erfolgs unserer Volkswirtschaft. Von einer angemessenen Bezahlung seiner Angehörigen profitiert letztlich die ganze Gesellschaft.

rh/krz

Kriminalität und Sicherheit

„SKiD“ bringt Licht ins Dunkelfeld

Die Menschen in Deutschland fühlen sich insgesamt sicher. Dennoch fürchten sie die häufigsten Straftaten im Internet wie Betrug, Missbrauch persönlicher Daten oder Beleidigung. Die Studie „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland“ (SKiD) des Bundeskriminalamtes (BKA) will vor allem Dunkelfelder der Kriminalität ausleuchten.

Für die Erhebung SKiD, die am 8. November 2022 in Berlin vorgestellt wurde, sind rund 46 000 Menschen über ihre Erfahrungen mit Kriminalität befragt worden. Sie gaben Auskunft darüber, wie oft sie in den vergangenen zwölf Monaten Opfer von Straftaten wurden, berichteten von ihrem Anzeigeverhalten und ihrem Sicherheitsgefühl. Außerdem war auch die Meinung über die Polizeiarbeit Teil der Erhebung. Die Ergebnisse geben Aufschluss über Trends der Kriminalitätsentwicklung. Sie sind eine Ergänzung zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und ein wichtiges Mittel, um die Ausmaße und Folgen von Kriminalität abzuschätzen.

Cybercrime boomt

Ein zentrales Ergebnis der Studie ist, dass insbesondere im Deliktbereich Cybercrime viele Menschen Opfer von Straftaten werden. Etwa 14 Prozent der Bevölkerung ab 16 Jahren sind in den zwölf Monaten vor der Befragung Opfer eines Cybercrimedeliktens wie etwa Online-Waren- oder -Dienstleistungsbetrug oder dem Missbrauch persönlicher Daten bei der Nutzung des Internets geworden – das sind die höchsten Werte in der Befragung. Gleichzeitig wurden aber nur rund 18 Prozent der Fälle zur Anzeige gebracht. Zudem zeigen sich 42 Prozent der Befragten beunruhigt, Opfer von Betrug im Internet zu werden. Diese Sorge ist deutlich stärker verbreitet als die Beunruhigung, von anderen Straftaten betroffen zu sein. Auch die Risikoeinschätzung, Opfer einer Straftat zu werden, ist für Betrug im Internet am höchsten. 34 Prozent der Bevölkerung halten es für wahrscheinlich, in den nächsten zwölf Monaten Opfer solcher Delikte zu werden.

„In keinem anderen Deliktbereich ist die Beunruhigung, Opfer einer Straftat zu werden, so ausgeprägt wie bei Betrug im Internet.“

Holger Münch, Präsident des BKA

In Verbindung mit der Entwicklung der Fallzahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zeigt sich, dass eine Digitalisierung der Kriminalität zu beobachten ist, die auch eine Verlagerung des Kriminalitätsaufkommens ins kriminalstatistische Dunkelfeld darstellt. „Analoge“ Delikte, die vergleichsweise häufig angezeigt werden, gehen zurück. Dagegen nimmt die Kriminalität im digitalen Raum, die seltener zur Anzeige kommt, weiter zu. So ist die

Zahl der Diebstähle laut PKS von 2012 bis 2021 um 37 Prozent gesunken. Cybercrimedelikte (Computerkriminalität und Cybercrime) stiegen dagegen um 66 Prozent an. Das umfasst auch Hasskriminalität und verbale Gewalt im Netz, von denen den Ergebnissen der Studie zur Folge junge Menschen besonders stark betroffen sind. „Die Bundesregierung

stellt sich hier noch besser auf und investiert in die Bekämpfung der Cyberkriminalität“, betonte Bundesinnenministerin Nancy Faeser bei der Vorstellung der Studienergebnisse. Die in diesem Jahr vorgestellte Cybersicherheitsagenda des BMI enthält eine Reihe von Maßnahmen, um das BKA beim Kampf gegen Cyberkriminalität weiter zu ertüchtigen.

Sicherheitsempfinden verbesserungswürdig

Obleich sich das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung Deutschlands auf einem insgesamt sehr hohen Niveau befindet, gibt es Bereiche des Alltags, in denen das Sicherheitsgefühl in beachtlichem Ausmaß beeinträchtigt ist: In der eigenen Wohngegend fühlen sich nachts und ohne Begleitung zum Beispiel nur knapp drei Viertel der Bevölkerung sicher, im öffentlichen



Model Foto: Maksim Shmeljov/Colourbox.de

„Die Bundesregierung stellt sich noch besser auf und investiert in die Bekämpfung der Cyberkriminalität.“

Nancy Faeser, Bundesministerin des Innern und für Heimat

einem Anteil von 65 Prozent stimmen jedoch etwas weniger Menschen der Aussage zu, dass die Polizei erfolgreich in der Verhinderung von Straftaten ist. Auch wenn mit 85 Prozent ein großer Teil der Bevölkerung der Meinung ist, die Polizei treffe faire und unparteiische Entscheidungen, ist ebenfalls jeder und jede Vierte der Auffassung, die Polizei behandle Arme und Reiche unterschiedlich und sei bei ihrer Arbeit von Vorurteilen gegenüber Menschen – zum Beispiel aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion – beeinflusst. Bei mehreren Teilaspekten der abgefragten Meinung über die Polizei zeigt sich, dass die positive Bewertung unter manchen Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund etwas weniger ausgeprägt ist als bei Personen ohne Migrationshintergrund.

Sofern Bürgerinnen und Bürger direkten Kontakt mit der Polizei hatten, fällt die Zufriedenheit mit dem Polizeikontakt insgesamt sehr hoch aus. Dabei muss jedoch zwischen den unterschiedlichen Gründen des Kontakts differenziert werden: Eine sehr hohe Zufriedenheit zeigt sich beispielsweise bei der Abwicklung eines Verkehrsunfalls; wenig überraschend fällt die Zufriedenheit geringer aus, wenn jemand von der Polizei angehalten wird oder sich gar aktiv über die Polizei beschwert wurde. Hinsichtlich der Bewertung der Polizei unabhängig von konkreten Kontakten ist ein Viertel der Bevölkerung der Meinung, Polizistinnen und Polizisten fehle Mitgefühl. Dennoch finden 90 Prozent der Befragten, dass die Polizei bürgerfreundlich und professionell sei.

Ziel des Bundeskriminalamtes ist es, die Dunkelfeldstudie „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland“ künftig regelmäßig im Verbund mit den Bundesländern durchzuführen. „Insgesamt ist es gelungen, mit der Studie ein wichtiges Instrument zu etablieren, mit dem zukünftig das Kriminalitätsgeschehen in Deutschland das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger sowie Entwicklungen anderer kriminalitätsrelevanter Aspekte identifiziert und beobachtet werden können“, sagt BKA-Präsident Holger Münch im Vorwort zur Studie. Mit der Schaffung und kontinuierlichen Erweiterung dieser Wissensgrundlage durch die kommenden Erhebungswellen werde SKiD in entscheidendem Maße dazu beitragen, im polizeilichen und sicherheitspolitischen Bereich die zur Verfügung stehenden Ressourcen basierend auf empirischen Erkenntnissen zielgerichtet einzusetzen – „zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Sicherheit in unserer Gesellschaft“.

Eckpunkte der Studie

Die Studie „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland“ (SKiD) wird gemeinsam vom BKA und den Polizeien der Bundesländer durchgeführt. Bundesweit wurden 46 813 Personen befragt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden in den einzelnen Bundesländern zufällig aus den Einwohnermelderegistern ebenfalls zufällig gezogener Gemeinden ausgewählt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die in Deutschland in Privathaushalten lebende Wohnbevölkerung ab 16 Jahren. Die Datenerhebung fand vom 19. Oktober 2020 bis zum 29. Januar 2021 statt. Die vollständige Studie als PDF im Internet: <https://t1p.de/SKiD>

Personennahverkehr ist es sogar weniger als die Hälfte. Während die Angst, im Internet Opfer von Betrug zu werden, hoch ist, lässt sich deliktübergreifend beobachten, dass die Beunruhigung, Opfer einer Straftat zu werden, bei Personen im mittleren Erwachsenenalter am stärksten ausgeprägt ist. Zudem sind Personen mit Migrationshintergrund häufiger besorgt, Opfer von Kriminalität zu werden, als Personen ohne Migrationshintergrund. Dies lässt sich insbesondere für die Bevölkerung mit polnischem oder türkischem Migrationshintergrund beobachten, die darüber hinaus auch ihr eigenes Viktimisierungsrisiko bei nahezu allen Delikten höher einschätzen als Personen ohne Migrationshintergrund.

Insgesamt lösen Vorurteilskriminalität und sexuelle Belästigung am wenigsten Beunruhigung aus, wobei sich die Sorge vor sexueller Belästigung zwischen Frauen und Männern erheblich unterscheidet. Frauen schätzen auch die Wahrscheinlichkeit, selbst Opfer sexueller Belästigung zu werden, deutlich höher ein als Männer. Hinsichtlich des Schutz- und Vermeidungsverhaltens konnten für alle erhobenen Maßnahmen signifikante Geschlechtsunterschiede festgestellt werden. Dass Frauen wesentlich häufiger ihr Verhalten anpassen, um sich vor Kriminalität zu schützen, zeigt, dass sie im alltäglichen Leben stärker durch Unsicherheitsgefühle beeinträchtigt sind als Männer. Ein sehr deutlicher Unterschied besteht beispielsweise bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Nacht: Während bei Männern knapp ein Viertel auf die nächtliche Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln verzichtet, um sich vor Kriminalität zu schützen, sind es bei Frauen über die Hälfte. Ähnlich ausgeprägt sind die Unterschiede auch beim Meiden bestimmter Straßen, Plätze oder Parks sowie dem Ausweichen vor fremden Personen bei Nacht.

Polizei ist bürgerfreundlich und professionell

Die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands bewerten die Polizeiarbeit in diesem Land insgesamt als sehr gut; auch das geht aus der Erhebung hervor. Fast 85 Prozent der Bevölkerung stimmen der Aussage zu, dass die Polizei da ist, wenn man sie braucht, und dass sie gute Arbeit in der Verbrechensbekämpfung leistet. Mit

Seminare 2023

Alles neu ... macht der Dezember

2022 war ein turbulentes Jahr der Veränderungen bei der dbb akademie. Neue Herausforderungen und neue Chancen begegnen uns auch im kommenden Jahr. Ein kurzer Blick zurück und ein freudiger nach vorne.

Am Ende steht ein Dank

Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen, die das dbb forum siebengebirge für uns und unsere Teilnehmenden zu einem gewerkschaftlichen Zuhause gemacht haben. Das dbb forum siebengebirge steht nun nicht mehr zur Verfügung. Unsere Seminare finden dezentral in den Regionen statt. Die dbb akademie ist in ihrer Geschäftsstelle Dreizehnmorgenweg in Bonn jederzeit für alle Interessierten erreichbar.

Von Königswinter ins ganze Land

Seit Jahresmitte finden Seminare über ganz Deutschland verteilt statt. Neben den bewährten Seminarorten Köln/Bonn, Berlin und Fulda bietet die dbb akademie Veranstaltungen verstärkt in Dortmund, Hannover, Karlsruhe und Nürnberg an. Diese Regionalzentren sind gut erreichbare Orte mit einer Vielzahl etablierter und hochwertiger Tagungshotels. Am Ende entscheidet die

Gewerkschaft, wo ihr Seminar stattfindet – gut erreichbar in der City oder gemächlich auf dem Lande.

In jedem Fall rücken die Seminare näher zu den Teilnehmenden.

Jahresprogramm 2023

Der Seminkatalog 2023 setzt voll auf Magenta. Sieht gut aus und fällt wunderbar auf dem

Seminare und Trainings

2023



dbb akademie

www.dbbakademie.de

Schreibtisch auf. Der gedruckte Katalog kann online bestellt werden: www.dbbakademie.de/service. Unser bewährtes Themenangebot findet 2023 verstärkt als Online-Veranstaltung statt. Der Trend zu kurzen Webseminaren ist ungebrochen. Gleichzeitig bieten wir weiter-

Seminarreihe Vereinsrecht im Fokus – online mit RA Heiko Klages

Teil 1: Ausschluss von Mitgliedern, 13. Februar 2023

Teil 2: Umgang mit dem Vereinsregister, 11. Mai 2023

Teil 3: Tipps zur Haftungsreduzierung durch geschickte Vereinsorganisation, 8. Juni 2023

Teil 4: Risiko Beschlussanfechtung – so sichern Sie sich ab, 18. September 2023

Teil 5: Auf die Mehrheiten kommt es an, 7. November 2023

Online-Seminare für Funktion und Ehrenamt 2023

Digitale Tools in der Gewerkschaftsarbeit sinnvoll einsetzen, 9. Februar 2023

Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen, Gewerkschaftstage – virtuell gestalten und rechtssicher durchführen, 21. Februar 2023

Digitalisierung als Interessenvertretung wirksam begleiten, 22. März 2023

Gremiensitzungen und Versammlungen erfolgreich leiten, 18. April 2023



Absolventen des ersten Lehrgangs im Frühjahr

© dbb akademie

Gewerkschaftsmanagement

Der Zertifikatskurs für die Nachwuchsführungskräfte war in 2022 besonders gefragt. Erstmals haben wir aufgrund der großen Nachfrage zwei Lehrgänge durchgeführt. 14 Kolleginnen und Kollegen haben den Kurs bestanden – siehe Bilder. Hier werden Führungs- und Kommunikationskompetenzen und Wissen für Leitungsaufgaben in gewerkschaftlichen Ämtern vermittelt. Die Absolventen treffen sich jährlich in der Alumni-Vereinigung zu Austausch und Networking. Der Lehrgang 2023 in Berlin ist beinahe ausgebucht. Interessenten melden sich über ihre Gewerkschaft bei der dbb akademie an.

Infos auf www.dbbakademie/mitglieder

hin ein grundständiges Portfolio an Präsenzseminaren an. Sie haben die Wahl und können je nach Zeit und Budget Ihre Fortbildung auswählen.

Neue Homepage

Alle Seminare finden Sie selbstverständlich auch auf unserer neuen Homepage

unter www.dbbakademie.de. Wir haben nicht nur das Design modernisiert. Auch die „usability“, also Handhabung und Benutzerführung der Seite, haben wir verbessert. So finden Sie schneller, was für Sie wichtig ist. Wie gefallen Ihnen Jahresprogramm und Homepage? Schreiben Sie uns gerne: info@dbbakademie.de. ■

Modulare Schulung für gewerkschaftliche Basis

Mit dem Lehrgang Gewerkschaftsakademie ergänzt die dbb akademie ihr Angebot um eine Schulungsreihe, die sich an die gewerkschaftliche Basis richtet. Der Ortsverband ist der Maschinenraum unserer Aktivitäten. Viele Kolleginnen und Kollegen möchten sich auf große oder kleine Aufgaben vorbereiten. Neben Mut und Initiative braucht es Organisationsfähigkeit und viel Kommunikation für unterschiedliche Aufgaben. Der Lehrgang hilft, wichtige, individuelle Kompetenzen effektiv zu erwerben, sich untereinander zu vernetzen und eine gute Grundlage für ein sattelfestes Engagement im Ortsverband zu legen. Infos auf www.dbbakademie/mitglieder

Präsenzveranstaltungen für Funktion und Ehrenamt 2023

Datenschutz aktuell – Die EU-Datenschutz-Grundverordnung und ihre Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Arbeit, 16. bis 17. März 2023, Fulda
Seminar für Schatzmeister – rechtliche und praktische Aspekte der Finanzen und Kassenführung in einer Gewerkschaft, 23. bis 24. März 2023, Fulda
Mitgliedergewinnung und Mitgliederbindung – warum Mitglied bei uns?, 23. und 24. März 2023, Köln
Satzungen und Geschäftsordnungen rechtssicher gestalten, 25. und 26. April 2023, Berlin
Kassenprüfung in der Gewerkschaft, 9. bis 10. Mai 2023, Berlin
Worauf es ankommt – Führung in der Gewerkschaft, 13. und 14. Juni 2023, Köln

Tagungen und Konferenzen

30. Arbeitstagung Bildungsplanung, 20. und 21. April 2023, Fulda
5. Forum Inklusion und Teilhabe „Inklusiver Arbeitsmarkt – Pandemie als Katalysator?“, Teilhabe am 24. und 25. April 2023 im dbb forum berlin
Alumni-Jahrestagung 2023, 17. und 18. Juni 2023, Victors Berlin
9. Zukunftskongress Staat & Verwaltung, 19. bis 21. Juni 2023, WEEC Berlin
14. Forum Personalvertretungsrecht „Engagement im Personalrat – nur für Idealisten oder Plattform für MacherInnen?“, 18. und 19. September 2023 im dbb forum berlin

Coronamanagement in Bund und Ländern

Wir müssen weiter wachsam sein

Die Ampelregierung verfolgt in der Coronapandemie eine Strategie der Eigenverantwortung. Diese Gelassenheit kann trügerisch sein.

Kurz vor dem dritten Coronawinter gibt es in Deutschland kaum noch Einschränkungen. Während viele Bundesländer im vergangenen Jahr Mitte November einen erneuten Lockdown verkündeten, gilt 2022 bundesweit nur noch in Arztpraxen, Krankenhäusern und Pflegeheimen sowie dem Fern- und mancherorts dem Nahverkehr eine Maskenpflicht.

Im Umgang mit der Pandemie ist eine gewisse Gelassenheit spürbar. Die Ampelregierung setzt fast komplett auf Eigenverantwortung. Die Coronamaßnahmen wurden sukzessive zurückgefahren. Jeder kann selbst entscheiden, ob er in Menschenansammlungen Maske trägt und Abstand hält. Auch die Impfung bleibt ein freiwilliger Schutz.

Die Herbstwelle scheint man so ohne große Not überstanden zu haben. Trotz sehr hoher Infektionszahlen hat kein Bundesland die Schutzmaßnahmen verschärft. Das liegt nicht daran, dass es nicht nötig gewesen wäre. Die bundesweite Sieben-Tage-Inzidenz lag Mitte Oktober bei fast 900. Dabei ist die Inzidenz kein verlässlicher Faktor, weil nicht alle Coronapositiven erfasst werden. In Sachsen müssen Infizierte nicht mal mehr einen PCR-Test machen – dabei fließen nur diese in die offizielle Statistik ein. Experten gehen deswegen von einer extrem hohen Dunkelziffer aus: Realistisch sei, dass dreimal so viele Menschen erkrankt waren.

Auch in den Krankenhäusern wurden mehr COVID-19-Patienten behandelt. Die Omikron-Variante des Coronavirus führt zwar nicht so oft zu schweren Krankheitsverläufen wie noch die Delta-Variante. Trotzdem gibt es etwa 1 000 Todesfälle durch COVID pro Woche. Für das Pflegepersonal in den Krankenhäusern bedeutet jeder Infizierte durch die nötige Isolation mehr Arbeit, egal ob er wegen oder mit Corona im Krankenhaus liegt. Einige Kliniken waren zusätzlich wegen des Personalausfalls im Herbst an der Überlastungsgrenze.

Doch durch das Infektionsschutzgesetz sind auf Betreiben der FDP nur noch sehr wenige Schutzmaßnahmen überhaupt möglich und die Hürden für sie sehr hoch. Selbst für eine Maskenpflicht in Innenräumen brauchen die Länder einen Landtagsbeschluss. Flächendeckende Schließungen, Zugangsbeschränkungen oder Lockdowns können sie nicht verhängen.



Foto: Colourbox.de

Es ist unverantwortlich, den Coronaschutz noch mehr als bisher jedem Einzelnen zu überlassen. Die Pandemie ist nicht vorbei. Es nützt nichts, die Bevölkerung wegen der vielen anderen Krisen schonen zu wollen.

Diese Gelassenheit kann trügerisch sein. SPD-Gesundheitsminister Karl Lauterbach rechnet mit einer „wahrscheinlich schweren Winterwelle“, auch eine ansteckendere Virusvariante kann nicht ausgeschlossen werden. Spätestens mit Beginn der Fußballweltmeisterschaft werden die Infektionen wieder zunehmen, nicht nur mit dem Coronavirus, sondern auch mit dem Grippeerreger. Anders als sonst findet diese WM nicht im Sommer statt, die Menschen werden sich statt beim Public Viewing in Innenräumen treffen – zu einer Zeit, in der sowieso schon vermehrt Infektionskrankheiten auftreten. Eine konsequente Unterbrechung von Coronainfektionsketten und die Reduzierung von Ansteckungsrisiken sind vor diesem Hintergrund in den kommenden Monaten wichtig.

Einen schlechteren Zeitpunkt, um über die Abschaffung der Isolationspflicht zu sprechen, kann es deswegen kaum geben. Mehrere Bundesländer schlagen vor, dass

Coronainfizierte andere Personen eigenverantwortlich mit Maske und Abstand schützen, statt sich wie derzeit mindestens fünf Tage isolieren zu müssen. Allerdings können auch symptomlose Coronainfizierte andere anstecken. Fällt die Isolationspflicht weg, würden die Fallzahlen deutlich steigen – und mit jeder Infektion auch die Wahrscheinlichkeit von schweren Verläufen, Post oder Long COVID. Das kann nicht das Ziel sein.

Mehr Ansteckungen bedeuten mehr Erkrankungen – auch bei Mitarbeitern der kritischen Infrastruktur. Denn die Ursache der Personalausfälle ist nicht die Isolationspflicht, sondern ein hochansteckendes Virus. Auch milde Erkrankungen dauern in der Regel mindestens eine Woche. Jede Ansteckung ist deshalb dringend zu vermeiden – nicht nur im Gesundheitswesen.

Kurz vor dem Winter ist es unverantwortlich, den Coronaschutz noch mehr als bisher jedem Einzelnen zu überlassen. Corona verschwindet nicht, nur weil man die Augen davor verschließt. Die Pandemie ist nicht vorbei. Es nützt nichts, die Bevölkerung wegen der vielen anderen Krisen schonen zu wollen. Die Länder müssen wachsam bleiben und gegebenenfalls schnell reagieren, wenn die Infektionszahlen drohen, durch die Decke zu gehen.

Andrea Schawe

Die Autorin ...

Andrea Schawe ist Redakteurin der Sächsischen Zeitung.



dbb
beamtenbund
und tarifunion

**WIR VERLIEREN NIE
DEN KONTAKT ZUR
STRASSE.**

dbb: wir. für euch.



Sandy D.
Straßenwärterin

Bündnis Sorgearbeit fair teilen

Erwerbsarbeit und private Care-Arbeit müssen zusammengedacht werden



Drei Viertel der Deutschen finden die gleichmäßige Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern wichtig. Politik und Arbeitgebende müssen reagieren.

Model Foto: Diego Cervo/Colourbox.de

Männer und Frauen wollen im Beruf bestehen, aber sie wollen sich eben auch um ihre Kinder kümmern und für Pflegebedürftige da sein. Die zeitlichen Spielräume dafür sind noch immer zu eng gesteckt. Die Arbeitgebenden können es sich in Zeiten des massiven Fachkräftemangels nicht leisten, diese Tatsache zu ignorieren. Sie müssen flexible und vereinbare Angebote schaffen. Dafür muss auch die Politik die nötigen Rahmenbedingungen vorhalten“, erklärte Milanie Kreuzt, Vorsitzende der dbb frauen, am 10. November 2022.

Kreuzt warnte davor, Wirtschaftsinteressen vor die Interessen der Beschäftigten zu stellen: „Um den Fachkräftemangel in den Griff zu bekommen, fordern Arbeitgebende seit Jahren eine höhere Erwerbsquote von Frauen und schmücken sich mit dem Label der Familienfreundlichkeit. Aus derselben Richtung kommen aber auch Forderungen nach längeren Wochenarbeitszeiten, wie sie beispielsweise der Bundesverband der Deutschen Industrie kürzlich mit der Einführung der 42-Stunden-Woche vorgebracht hat. Das sind widersprüchliche Signale. Die Arbeitgebenden verspielen damit ihr Vertrauen.“

Eine Steigerung der Frauenerwerbsquote ist laut Kreuzt nur zu erreichen, wenn auch Männern – insbesondere Vätern – bessere Möglichkeiten zur Vereinbarkeit eingeräumt werden. „Dafür muss in den Ausbau qualifizierter Betreuungsangebote und in digitale Arbeitsmöglichkeiten investiert werden. Vollzeitnahe Teilzeit muss enttabuisiert und für alle Beschäftigten vorurteilsfrei ange-

boten werden. Vor allem Führungsaufgaben müssen teilbar gemacht werden. Wir haben dazu mit dem BMFSFJ das Pilotprojekt ‚Führen in Teilzeit‘ auf den Weg gebracht, um aufzuzeigen: Auch Führungsaufgaben können flexibel und familienorientiert gestaltet werden“, machte Milanie Kreuzt deutlich.

Bündnis präsentiert Umfrageergebnisse

Mit ihrem Appell reagierte die dbb frauen ChefIn auf eine repräsentative YouGov-Umfrage, deren Ergebnisse am 9. November 2022 auf einer Fachtagung des Bündnisses Sorgearbeit fair teilen präsentiert wurden. Danach bewerteten drei von vier Deutschen die gleichmäßi-

ge Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit auf Frauen und Männern als wichtig bis sehr wichtig.

51 Prozent der Befragten befürworten die Einführung einer Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige, wenn diese ihre Erwerbsarbeit reduzieren oder für eine gewisse Zeit aussetzen. Weitere 41 Prozent fordern geschlechtergerechte und familienorientierte, flexible Arbeitszeitmodelle. 36 Prozent sprechen sich für staatliche Zuschüsse für die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen aus.

Hintergrund

Das zivilgesellschaftliche Bündnis Sorgearbeit fair teilen setzt sich für die geschlechtergerechte Verteilung unbezahlter Sorgearbeit im Lebensverlauf ein. Seine 26 Mitgliedsverbände haben sich zum Ziel gesetzt, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft für den Gender Care Gap und seine Auswirkungen zu sensibilisieren und sich für die Schließung der Sorgelücke einzusetzen. Die dbb frauen gehören zu den Gründungsmitgliedern des Bündnisses. Anlässlich seiner Fachtagung „Sorgearbeit – selbstverständlich weiblich? Close the Care Gap!“ am 9. November 2022 hatte das Bündnis Zahlen zu den Wünschen für eine bessere Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern bekannt gegeben. Die verwendeten Daten beruhen auf einer Online-Umfrage der YouGov Deutschland GmbH, an der 2 053 Personen zwischen dem 18. und 20. Oktober 2022 teilnahmen. Die Ergebnisse wurden gewichtet und sind repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren. ■

Fachkräftegewinnung

Soziale Medien als Recruiting-Instrument

Verwaltungen müssen sich stärker innovativen Recruiting-Methoden und moderner Arbeitsorganisation öffnen. So lassen sich gezielt qualifizierte Frauen für den öffentlichen Dienst begeistern.

Dem Staat fehlen fast 360 000 Mitarbeiter. Um dem massiven Fachkräftemangel zu begegnen, müssen die Dienstgebenden und Personalabteilungen kreativ werden. Die Click-on-Demand-Mentalität setzt sich auch bei Bewerbungsverfahren mehr und mehr durch. Dieser Entwicklung müssen sich auch die Verwaltungen noch stärker öffnen. Auch und gerade bei der Suche nach weiblichen Führungskräften für den öffentlichen Dienst sehe ich viel ungenutztes Potenzial: zum einen in der gezielten Online-Ansprache und zum anderen in unkomplizierten digitalen Bewerbungsverfahren“, stellte dbb frauen Chefin Milanie Kreuz auf dem e-nrw-Kongress des Behörden Spiegel im Fachforum „Personalgewinnung in Zeiten von TikTok und Instagram“ in Neuss am 3. November 2022 heraus.



Foto: Colourbox.de

Vor allem die sozialen Medien eignen sich gut, um neue Personengruppen für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu begeistern – maßgeschneiderte Anspruchsstrategien vorausgesetzt. „Social-Media-Plattformen sind der ideale Fachkräftemarktplatz: Hier tummeln sich potenzielle Bewerberinnen und Bewerber“, sagte Kreuz. Doch eine zeitgemäße Ansprache in den sozialen Medien allein sei nur einer von vielen überfälligen Schritten, um geeignetes Fachpersonal zu gewinnen. „Wir wollen Digital Natives und vor allem qualifizierte Frauen im öffentlichen Dienst anwerben – das ist keine Frage. Bei den Recruiting-Strategien müssen wir auch junge versierte Bedienstete einbinden“, so Kreuz.

Neben Technologieaffinität, diversen Führungsteams und flachen Hierarchien legten junge Frauen bei der Jobauswahl vor allem Wert auf attraktive Arbeitsaufgaben, eine gute Work-Life-Balance und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. „Junge Frauen kehren nicht ihren Behörden, sondern ihren Führungskräften den Rücken, wenn sie ihren Job verlassen. Der mit Abstand häufigste Grund, weshalb junge Frauen im Job unzufrieden sind, ist der Führungsstil ihrer Vorgesetzten. Zur erfolgreichen Personalgewinnung gehört deshalb auch eine sattelfeste Strategie zur Weiterentwicklung der Führungskompetenzen von Mitarbeitenden, insbesondere jener mit Leitungsverantwortung“, betonte Kreuz.

Auch die dienstlichen Beurteilungsverfahren müssen laut dbb frauen Chefin Kreuz in den Blick genommen werden und endlich diskriminierungsfrei sowie geschlechtergerecht gestaltet werden.

Hintergrund

Seit über 20 Jahren veranstaltet der Behörden Spiegel den e-nrw-Kongress, die zentrale Konferenz im Umfeld von IT und IT-gestützter Verwaltungsmodernisierung in Nordrhein-Westfalen. In diesem Jahr wurden unter dem Titel „Krisen – Hemmschuh oder Katalysator für die Digitalisierung in NRW?“ rund 60 Fachvorträge und zahlreiche vertiefende Fachforen angeboten. Neben dem Themenkomplex E-Government der Verwaltung 4.0 mit ihren Bezügen zur Wirtschaft wurden die vielfältigen Aspekte der IT-Sicherheit und des Datenschutzes der Zukunft sowie die IT-Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen behandelt. ■

Neue dbb frauen-Fachbroschüre

New Work: Chance und Risiko für die Gleichstellung der Geschlechter

Mit agilen und digitalen Arbeitsmethoden zur gleichstellungsorientierten Verwaltungskultur: Wie aus der Theorie gelebte Praxis werden kann, zeigt die neue Fachbroschüre der dbb frauen.

Aufbauend auf den Ergebnissen der Frauenpolitischen Fachtagung vom 2. Juni 2022 fasst die Broschüre „New Work: Chance und Risiko für die Gleichstellung der Geschlechter“ aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Geschlechterforschung zum Wandel der Arbeitswelt zusammen und lässt Praktikerinnen und Praktiker aus der Verwaltung zu Wort kommen.

Die Fachbroschüre steht als kostenloser Download zur Verfügung: <https://bit.ly/3OWShvH>



Frauen in Führungspositionen

Öffentlicher Dienst: It's (still) a man's world

Im öffentlichen Sektor sind mehr als die Hälfte aller Beschäftigten Frauen. Der Anteil an weiblichen Führungskräften liegt allerdings weiter deutlich unter 50 Prozent. Die jungen Frauen im Staatsdienst finden das „langsam nicht mehr lustig“.

It's still a man's world“, sagt Daria Abramov: „Obwohl im öffentlichen Dienst mit 61 Prozent deutlich mehr als die Hälfte aller Beschäftigten Frauen sind, liegt der Anteil an weiblichen Führungskräften weit darunter – auf der ersten Führungsebene bei 37 Prozent, auf der zweiten Führungsebene bei 46 Prozent. Das widerspricht allen Absichtserklärungen und gleichstellungsrechtlichen Regelungen, vor allem aber dem Gleichheitsgrundsatz und dem Gleichstellungsanspruch, die im Staatsdienst eigentlich in besonderem Maße gelten sollten“, kritisiert die stellvertretende Vorsitzende der dbb Jugend, der Spitzenorganisation der gewerkschaftlichen Jugendverbände im öffentlichen Dienst und in den privatisierten Bereichen.

Verbesserungen im Schneckentempo

Aktuelle Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) belegen, dass sich der Anteil von Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst weiter nur im Schneckentempo erhöht: Seit 16 Jahren herrscht beim Frauenanteil auf der ersten Führungsebene mehr oder weniger Stillstand. „Es ist nur ein schwacher Trost, dass es in der Privatwirtschaft nicht sehr viel besser aussieht“, stellt Daria Abramov fest, die selbst als Teamleiterin von aktuell 17 Mitarbeitenden bei der Stadt Wuppertal arbeitet.

Laut IAB ist der Anteil von Frauen auf der ersten und zweiten Führungsebene im öffentlichen Sektor zwar nominell höher als in der Privatwirtschaft. Mit Blick auf ihren Anteil an den Beschäftigten sind Frauen hier aber nicht besser vertreten als in der Privatwirtschaft, auf der zweiten Ebene sogar deutlich schlechter. Der seit vielen Jahren relativ hohe Anteil von Frauen auf der zweiten Führungsebene in Betrieben und in der Verwaltung führte bislang also nicht dazu, dass Frauen häufiger in Spitzenpositionen kommen. „Offensichtlich ist es nicht nur eine Frage der Zeit, bis genug Frauen Erfahrung auf der zweiten Führungsebene gesammelt haben und dann auch in die obersten Führungsetagen aufsteigen“, so Susanne Kohaut vom IAB-Forschungsbereich „Betriebe und Beschäftigung“.

Auch in den obersten Bundesbehörden steigt der Anteil an weiblichen Führungskräften zu langsam, noch dazu sind die Fortschritte nicht in allen Behörden gleich groß, weil die Frauenförderung nicht überall mit dem gleichen Elan betrieben wird.

Auch in den bisweilen beispielgebenden obersten Bundesbehörden steigt der Anteil an weiblichen Führungskräften zu langsam, noch dazu sind die Fortschritte nicht in allen Behörden gleich groß, weil die Frauenförderung nicht überall mit dem gleichen

Elan betrieben wird. Laut aktuellem Gleichstellungsindex der Bundesregierung ist der Frauenanteil an Leitungspositionen in den obersten Bundesbehörden zwischen 2020 und 2021 um

lediglich zwei Prozent auf 39 Prozent gestiegen. Der Anteil weiblicher Beschäftigter dort liegt hingegen bei 55 Prozent.

Die „gläserne Decke“ ist kein Märchen

„Deswegen ist die Theorie von den ‚gläsernen Decken‘, die Frauen den Weg in Toppositionen versperren, kein Märchen, sondern ein tatsächliches Muster, dass es zu durchbrechen gilt“, macht Daria Abramov klar. Es müsse endlich Schluss sein mit strukturellen Barrieren wie nicht standardisierten und wenig transparenten Auswahlverfahren bei der Stellenbesetzung. „Auch die Einflussnahme von Netzwerken hat in Auswahlprozessen nichts zu suchen, ebenso müssen Stereotype, die Frauen bewusst oder unbewusst bestimm-



Model Foto: Colourbox.de

„Von einer Vorreiterrolle des öffentlichen Sektors, die man in Anbetracht der dort ja durchaus schon seit Jahren geltenden Gleichstellungsvorschriften vermuten könnte, ist leider nichts zu sehen.“

Daria Abramov, stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend

te Verhaltensmuster wie eine geringere Karriereorientierung oder Belastbarkeit zuweisen, thematisiert werden und raus aus den Köpfen, die über die Besetzung von Positionen entscheiden“, fordert die dbb jugend-Vize.

Je größer der Laden, desto weniger Frauen an der Spitze

Auch die Bereiche, in denen Frauen in Führung kommen – oder eben auch nicht –, müsse man stärker in den Blick nehmen, betont Abramov. Denn je größer die Einheiten sind, desto geringer ist der Anteil weiblicher Führungskräfte, so das IAB: Bei Größenordnungen von 500 oder mehr Beschäftigten finden sich die wenigsten Frauen an der Spitze. Überdurchschnittlich häufig von Frauen geleitet werden dagegen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens sowie im Bereich Erziehung und Unterricht. „Das sind wohlgerne Branchen, die nicht gerade für eine üppi-ge Bezahlung bekannt sind“, betont Abramov, „wo aber die weiblichen Führungskräfte ganz oft auch noch eine besondere Verantwortung tragen, in Krisenzeiten wie etwa der Coronapandemie umso mehr.“ Dies sei keine geschlechtergerechte Verteilung von Karriereperspektiven.

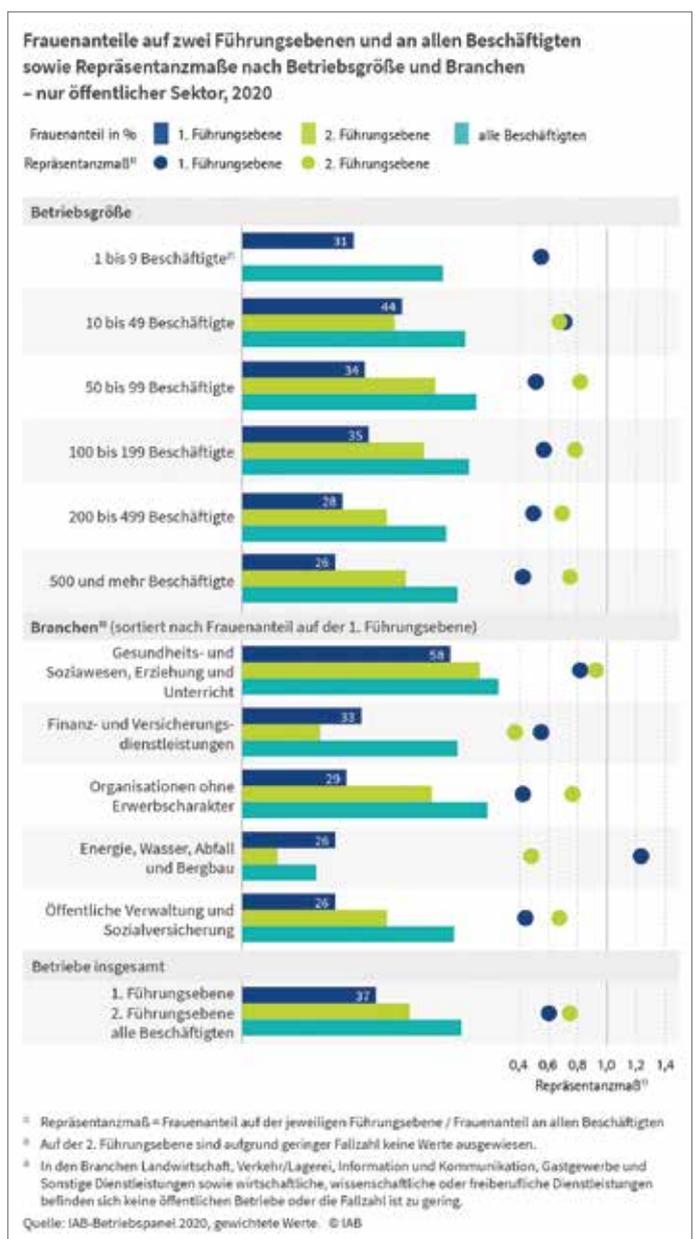
Falsche Versprechungen: „Junge Frauen finden das nicht mehr lustig“

Für einen nachhaltigen Wandel müsse daher alles auf den Prüfstand, fordert die stellvertretende dbb jugend-Vorsitzende: „Stellenpläne, Ausschreibungen, Auswahlverfahren, Arbeitszeit- und Führungsmodelle und auch die gesetzlichen Regelungen.“ Gerade mit Blick auf Letztere stelle sich die Frage, inwieweit diese überhaupt die erwünschte Gleichstellungswirkung erzielen, „denn von einer Vorreiterrolle des öffentlichen Sektors, die man in Anbetracht der dort ja durchaus schon seit Jahren geltenden Gleichstellungsvorschriften vermuten könnte, ist ja leider nichts zu sehen“, hält Abramov fest. Zu hoffen sei, dass das neue Führungspositionen-Gesetz, das erstmals auch Sanktionen bei Nichterreichung von Zielgrößen vorsieht, endlich messbare Verbesserungen bringe: Bis 2025 soll die paritätische Besetzung der Führungspositionen in den obersten Bundesbehörden erreicht sein. „Schauen wir mal“, sagt Daria Abramov.

„Zwischenzeitlich müssen wir den Fokus jetzt definitiv auf die Beseitigung der bekannten Karrierehindernisse legen. Denn die jungen Frauen, topqualifiziert und hoch motiviert, finden das langsam nicht mehr lustig, wenn man sie mit dem Versprechen, alles haben zu können – Familie und eine steile Karriere – in den öffentlichen Dienst lockt, sie aber, sobald sie ihre Arbeitszeit etwa nach einer Elternzeit oder wegen eines Pflegefalls reduzieren, immer wieder durchs Beförderungsraster fallen lässt, obwohl sich an der Leistungskurve überhaupt nichts geändert hat“, erklärt Abramov.

Ihre Forderungen? „Mehr Transparenz bei den dienstlichen Beurteilungsverfahren, Etablierung geschlechtergerechter Leistungs-

kriterien, Teilzeitmodelle als Standardarbeitsverhältnisse, Ermöglichung von Führen in Teilzeit und Führen nach Teilzeit sowie eine leistungsorientierte Führungskultur, die Präsenz nicht mit Produktivität gleichsetzt. Eigentlich ganz einfach“, findet die dbb jugend-Vize. Bei ihrer Arbeitgeberin hat Abramov die Zukunft immerhin schon täglich vor Augen: Der Eigenbetrieb Wasser und Abwasser Wuppertal wird von einer weiblichen Doppelspitze angeführt – zwei Betriebsleiterinnen teilen sich die Position in Teilzeit. Auch dem Ressort Zuwanderung und Integration im Rathaus sowie dem Eigenbetrieb Alten- und Pflegeheime steht jeweils eine Amtsleiterin vor. „Geht doch“, sagt Daria Abramov. *iba*



© IAB-Kurzbericht 1|2022

In Relation zum Gesamtanteil der Frauen an den Beschäftigten bleiben weibliche Führungskräfte auf den zwei obersten Ebenen im öffentlichen Dienst unterrepräsentiert.

dbb Podcast

Einer der gefährlichsten Jobs der Welt

In der November-Ausgabe des dbb Podcasts „DienstTag“ erzählt Patrick Pilat, Straßenwärter aus Brandenburg, von seinem gefährlichen Arbeitsalltag auf deutschen Straßen.

Die Wahrscheinlichkeit sich zu verletzen ist für uns 15-mal höher als in anderen handwerklichen Berufen“, berichtet Pilat. Unvermeidlich ist diese Gefahr dabei eigentlich nicht: „Das größte Problem ist die Rücksichtslosigkeit und Unachtsamkeit vieler Verkehrsteilnehmer, denen offensichtlich völlig egal ist, dass auf den Straßen auch Menschen arbeiten.“

Wegen der technischen Vielseitigkeit, der Arbeit im Freien und dem Gefühl, im Job wirklich etwas zu bewegen, sei der Beruf des Straßenwärters trotzdem „der beste Job der Welt“, betont Patrick Pilat. „Wir sorgen dafür, dass der Verkehr fließt.“ Dass Patrick Pilat Straßenwärter mit Leib und Seele ist, zeigt unter anderem sein linker Arm, der mit Motiven aus dem Berufsleben tätowiert ist. Er weiß auch ein vermeintliches Mysterium aufzulösen, das sich vielen Autofahrerinnen und Autofahrern täglich bietet: Warum sieht es immer so aus, als arbeite bei den Straßenwärtlern immer nur einer,



© Jan Brenner

während die anderen zuschauen? „Viele handwerkliche Tätigkeiten auf der Straße kann in dem Moment eben nur einer machen, einen Baum fällen etwa. Der andere oder die anderen beobachten den fließenden Verkehr und sichern damit den Kollegen ab, der gerade nicht auf die Straße schauen kann.“

So vorausschauend wie die Straßenwärter sei die Politik leider nicht, denn in Sachen Bezahlung und Personalausstattung habe sie „jahrelang gepennt“, kritisiert Pilat. „Es braucht mehr Ausbildungsplätze, mehr gesicherte Übernahmen nach der Ausbildung, und wir brauchen E 6 für alle Straßenwärterinnen und Straßenwärter.“ Dann wäre der Beruf auch auf dem Arbeitsmarkt endlich wieder konkurrenzfähig.

Mehr zu den Härten, den Glücksmomenten und dem ganz normalen Arbeitsalltag eines Straßenwärters überall dort, wo es Podcasts gibt, oder direkt auf dbb.de/mediathek/podcast.

Mitbestimmung

Personal- und Betriebsratsarbeit digitalisieren

Der dbb unterstützt eine aktuelle Gesetzesinitiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Verbesserung der digitalen Personal- und Betriebsratsarbeit, sieht allerdings noch weiteren Handlungsbedarf.

„Im Wesentlichen begrüßen wir das Anliegen des Unionsantrags“, sagte Friedhelm Schäfer, Zweiter Vorsitzender des dbb und Fachvorstand Beamtenpolitik, am 17. November 2022 in Berlin, forderte aber zugleich eine Ausweitung der Verbesserungen auf die Personalvertretungen. „Handlungsbedarf besteht ja nicht nur bei den Betriebsräten, sondern auch für die Personalvertretungen.“ Mit Blick auf die im Frühjahr 2024 anstehenden Personalratswahlen im Bund und in den Jobcentern sei es an der Zeit, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, etwa für elektronische Kommunikation mit den Beschäftigten und innerhalb des Wahlvorstands, für die Eröffnung der Option zur Durchführung bestimmter Wahl-

vorstandssitzungen in audiovisuellen Formaten sowie der Personalratswahl als Online-Wahl.

„Die Online-Wahl stellt nicht nur eine wesentliche Verfahrenserleichterung für alle Beteiligten dar und trägt zur Kostensenkung bei, sie fördert auch eine höhere Wahlbeteiligung“, so Schäfer. Zudem müsse das Zugangsrecht der Gewerkschaften zu Dienststellen und Betrieben um ein dynamisches digitales Zugangsrecht ergänzt werden. „Gewerkschaftliche Werbe- und Informationskanäle müssen fortlaufend an die jeweils neuen technischen Standards der in der Dienststelle verwendeten digitalen Kommunikationswege und -programme angepasst werden“, forderte der dbb Vize.

dbb rlp Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst



Lilli Lenz,
Vorsitzende des
dbb rheinland-pfalz

Die Landesregierung und die Spitze des dbb rheinland-pfalz (dbb rlp) haben sich in großer Runde zum traditionellen Austausch getroffen. Im Fokus standen die Transformation der Arbeitswelten im öffentlichen Dienst sowie die Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung.

Anlässlich des Gesprächs dankte Ministerpräsidentin Malu Dreyer der Landesleitung des dbb und ihrer Vorsitzenden Lilli Lenz für den gemeinsamen Einsatz für eine krisenfeste öffentliche Verwaltung: „Der öffentliche Dienst ist in den vergangenen Jahren genauso wie die gesamte Gesellschaft von den sich überlagernden

Krisen getroffen worden. In der Coronakrise wurde unter bisher nicht gekannten Bedingungen der Betrieb der Verwaltung aufrechterhalten. In der Bewältigung der Flutkatastrophe wurden trotz teils vollständiger Verwüstung die Verwaltungen im Landkreis

Ahrweiler wieder handlungsfähig gemacht. Und seit Februar verlangen auch die Folgen des Krieges Russlands gegen die Ukraine unseren Verwaltungen erneut viel ab“, sagte Dreyer. Das Land könne stolz sein auf die Leistungsfähigkeit seiner Verwaltung und der vielen motivierten und engagierten Beschäftigten.

dbb Landeschefin Lenz hob die Bedeutung der Themen Transformation der Arbeitswelt, erfolgreiche Nachwuchsgewinnung und wirksame Fachkräftesicherung für den dbb rlp hervor. „Geeignete, fähige Fachkräfte holt und hält man mit attraktiven Bedingungen für gute Arbeit“, so Lenz. Der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz müsse sowohl für neues, motiviertes Personal als auch für engagiertes, leistungsstarkes Bestandspersonal attraktiv sein: „Wir dürfen in dünner Bewerbungslage nicht ins Hintertreffen geraten. Im modernen Arbeitsweltwandel müssen Staat, Personal, Personalvertretungen und wir als Berufsvertretung an einem Strang ziehen.“

kurz notiert

SBB

Zum 30-jährigen Jubiläum im Jahr 2021 hatte der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen seine Mitglieder um Baumspenden gebeten, um gemeinsam einen „SBB Gewerkschaftswald“ in Sachsen wachsen zu lassen. Bisher wurden 1 800 Bäume gespendet, die am 5. November 2022 im Stadtwald in Eilenburg gepflanzt wurden. Mehr als 30 Mitglieder aus SBB Gewerkschaften pflanzten insge-

samt 900 Roteichen, 300 Vogelkirschen, 300 Esskastanien und 300 Bergahorn. „Unser gewerkschaftliches Ehrenamt prägen vor allem gemeinsame Werte. Wir wollen nicht nur unser Arbeitsumfeld besser machen, sondern Zukunft insgesamt“, sagte die SBB Vorsitzende Nannette Seidler. Der „SBB Gewerkschaftswald“ sei ein gutes Beispiel, dass man gemeinsam einfach mehr erreichen kann.

VBE Gewalt gegen Lehrkräfte alarmierend

Seit 2016 lässt der Verband Bildung und Erziehung (VBE) bei Schulleitungen regelmäßig die Jobzufriedenheit abfragen. Auch in diesem Jahr hat das Meinungsforschungsinstitut forsa eine repräsentative Umfrage unter mehr als 1 300 Schulleitungen durchgeführt, besonderes Augenmerk lag dabei auf dem Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“.

„Die Ergebnisse sind bedrückend. Fakt ist: Gewalt gegen Lehrkräfte und Schulleitungen ist an der Tagesordnung und wird seit dem Beginn der Coronapandemie zu einem immer größeren Problem in den Schulen. Darüber hinaus sehen wir einen dramatischen Rückgang der Berufszufriedenheit von Schulleitungen“, sagte der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann am 11. November 2022 anlässlich der Veröffentlichung der Ergebnisse beim Deutschen Schulleitungskongress (DSLK) in Düsseldorf.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass sich die Zahl der Schulen, an denen es in den letzten fünf Jahren Gewalt gegen das pädagogische Personal gab, auf

einem hohen Niveau eingepegelt hat. So meldeten fast zwei Drittel der befragten Schulleitungen zurück, dass es innerhalb der letzten fünf Jahre Fälle psychischer Gewalt, beispielsweise in Form von Beleidigungen, Bedrohungen oder Belästigungen, an ihrer Schule gegeben habe. Gut ein Drittel der Schulleitungen weiß, dass Lehrkräfte Opfer von Cybermobbing wurden. In einem weiteren Drittel der Schulen kam es in den letzten fünf Jahren zu gewalttätigen körperlichen Angriffen auf Lehrkräfte oder Schulleitungen.

Für den VBE-Chef ist dieser Befund ein Skandal: „Rechnet man die Prozentangaben auf die Grundgesamtheit der allgemeinbildenden Schulen hoch, bedeutet das, dass es in den letzten fünf Jahren an fast 20 000 Schulen zu psychischer und an jeweils gut 10 000 Schulen zu Cybermobbing oder körperlicher Gewalt kam. Dieser Zustand ist unhaltbar. Der Schutz der Lehrkräfte muss dringend auf die politische Agenda“, forderte Beckmann.



Udo Beckmann,
Bundesvorsitzender des VBE

dbb s-h Anhörung zur Beihilfe im Landtag



Kai Tellkamp,
Vorsitzender des
dbb schleswig-holstein

Im Landtag stehen Entscheidungen über Zugangsmöglichkeiten der Beamtinnen und Beamten zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) an. In der vom Finanzausschuss am 3. November 2022 durchgeführten Anhörung hat sich der dbb schleswig-holstein (dbb s-h) klar dafür ausgesprochen, das etablierte Beihilfesystem, das auf der gesteigerten Fürsorgepflicht der Dienstherrn basiert, nicht aufzuweichen.

„Die Beihilfe sollte als wichtiger Attraktivitätsfaktor des Berufsbeamtentums bei der Gewinnung und Bindung von Fachkräften genutzt und abgesichert werden“, so dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp gegenüber den Abgeordneten. Die pauschale

Beihilfe wird deshalb vom dbb grundsätzlich abgelehnt.

Die Einführung der pauschalen Beihilfe würde im Kern bedeuten, dass für alle Beamtinnen und Beamte anstelle des gegenwärtigen etablierten Modells auch die Versicherung in der GKV bei anteiliger Beitragsübernahme durch den Dienstherrn infrage kommt. Selbst bei einem eingeräumten Wahlrecht gibt es einen Haken: Der Stellenwert des gegenwärtigen attraktiven Systems der Gesundheitsfürsorge als Argument für das Berufsbeamtentum würde sinken, wenn es nicht mehr automatisch greift. Genau wie die Beihilfe dürfe auch die Heilfürsorge nicht infrage gestellt werden. Hinzu komme: Wenn die Entscheidung gegen das etablierte Beihilfesystem bereut wird, gebe es kein Zurück mehr.

VRFF Deutschlandweite Warnstreiks beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Die VRFF Mediengewerkschaft hat am 9. November 2022 an mehreren Standorten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) Warnstreiks durchgeführt. Einige Rundfunkanstalten haben auch nach fast acht Monaten noch kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt.

Die 1. Vorsitzende der VRFF, Anke Ben Rejeb, hatte im Vorfeld deutlich gemacht: „Morgen werden viele unserer Mitglieder ihre Unzufriedenheit über die bisher unzureichenden Tarifangebote in einigen Rundfunkanstalten auf die Straße tragen. Auch dort, wo die Tarifverhandlungen erst am Anfang stehen, werden sich Mitglieder der VRFF solidarisch zeigen und Tarifaktionen durchführen. Ich freue

mich über den Zusammenhalt, den unsere Betriebsgruppen damit beweisen, und ich bin mir sicher, dass dieses Zeichen nicht spurlos an den Entscheider*innen in den Anstalten vorbeiziehen wird.“

Auch dbb Tarifchef Volker Geyer zeigte sich solidarisch. „Das darf man schon einen Skandal nennen“, kritisierte er bei einer Aktion in Köln die Arbeitgeberseite. „Gerade vor dem Hintergrund der Inflation ist es in keiner Weise akzeptabel, dass die Anstalten so mit ihren Beschäftigten umgehen. Ich bin froh, dass die VRFF klare Kante zeigt, nicht nur hier in Köln, sondern bundesweit.“



Anke Ben Rejeb,
1. Vorsitzende des VRFF
Die Mediengewerkschaft

BBW Landesregierung muss Bildungskrise ernst nehmen



Kai Rosenberger,
Vorsitzender des BBW –
Beamtenbund Tarifunion

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) hat die Landesregierung aufgefordert, die gegenwärtige Bildungskrise nicht länger schönzureden, sondern umgehend zu handeln.

„Was wir jetzt brauchen, ist eine Einstellungsoffensive für alle Schularten und eine Werbekampagne für den Lehrerberuf“, sagte der BBW-Vorsitzende Kai Rosenberger am 2. November 2022 in Stuttgart. Wenig hilfreich sei es hingegen, den Lehrkräften die Schuld für sinkende Schülerleistungen anzulasten, kommentierte Rosenberger die jüngs-

ten Äußerungen von Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Kretschmann hatte als Ursache für sinkende Schülerleistungen nicht etwa fehlende Lehrkräfte, sondern schlechten Unterricht verantwortlich gemacht. Solche Äußerungen seien nicht nur unverantwortlich bei einem ausgewiesenen Fehlbestand an Lehrkräften schon zu Beginn des Schuljahres, sondern ein nicht entschuldbarer Beleg für mangelnde Wertschätzung all der Lehrerinnen und Lehrer, die tagtäglich durch zusätzlichen Einsatz versuchten, den Lehrermangel an den Schulen zu überbrücken, erklärte Rosenberger.

GDL SWEG-Streik: Arbeitgeber auf verlorenem Posten



Claus Weselsky,
Bundesvorsitzender der GDL

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat am 10. November 2022 den fünften Arbeitskampf im Tarifkonflikt mit der SWEG Südwestdeutschen Landesverkehrs GmbH (SWEG) und der SWEG Bahn Stuttgart GmbH (SBS) beendet. Die Beschäftigten hatten die Arbeit am 2. November mit offenem Ende niedergelegt, um ihren Forderungen nach besseren Arbeits- und Entgeltbedingungen Nachdruck zu verleihen.

„Die SWEG führt einen aussichtslosen Kampf. Sie kann sich den berechtigten Forderungen der GDL und ihrer Mitglieder auf Dauer nicht verweigern“, so der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky. „Mit dieser Atempause geben wir der SWEG-Geschäftsführung Gelegenheit, die

Haltlosigkeit ihrer Position einzugestehen. Wir fordern sie erneut auf, ihrer Verantwortung gegenüber den Fahrgästen und den eigenen Mitarbeitern endlich gerecht zu werden und auf den Verhandlungsweg zurückzukehren.“

Die GDL fordert den Abschluss eines Tarifvertrages auf dem Niveau ihres Flächentarifvertrages – dieser steht allen Eisenbahnerinnen und Eisenbahnern in Deutschland zu. Im Wesentlichen fordert die GDL eine Einmalzahlung von 3 000 Euro für alle ihre Mitglieder, mehr Entgelt, mehr Zulagen, bessere Urlaubs- und Arbeitszeitregelungen mit mehr Zusatzurlaub, Ersatzruhetagen und Wahlmodelle, persönliche Planungssicherheit und den Zugang zur Gemeinsamen Einrichtung FairnessBahNen e. V. und damit Anspruch auf soziale Leistungen wie Bildungs- und Brillenzuschüsse.

DVG Neuer Bundesvorsitzender

Der Bundeshauptvorstand der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft (DVG) hat am 28. Oktober 2022 einstimmig den 57-jährigen Joachim Johannes (DVG Saar) zum neuen Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft gewählt.

Johannes hat seit Jahrzehnten Erfahrungen in der Gewerkschafts- und Personalratsarbeit sammeln können. Bereits seit Juni 2021 gehörte er als stellvertretender Bundesvorsitzender und Vorsitzender der Bundestarifkommission dem DVG-Bundesvorstand an. „Wir haben im nächsten Jahr zwei sehr schwierige Einkommensrunden zu bewältigen. Die

DVG wird hier aktiv beteiligt sein. Nur gemeinsam werden wir Erfolg haben können“, sagte Johannes nach seiner Wahl.

Die Neubesetzung war nötig geworden, weil der bisherige Bundesvorsitzende Ulrich Stock das Amt nach seiner Wahl zum dbb Landesvorsitzenden in Sachsen-Anhalt zurückgeben hatte. Er bleibt aber Landesvorsitzender der DVG Sachsen-Anhalt und gehört damit weiter dem Bundeshauptvorstand an. Ulrich Stock war ab Juni 2015 Bundesvorsitzender der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft.



Joachim Johannes,
Bundesvorsitzender der DVG

DPoIG Kriminelle Klimaextremisten schärfer bestrafen



Rainer Wendt,
Bundesvorsitzender der DPoIG

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat die am 10. November 2022 von der Unionsfraktion im Bundestag eingebrachte Forderung nach einer Verschärfung des Strafmaßes für kriminelle Klimaradikale unterstützt: Bei Straßenblockaden und bei Beschädigung von Kulturgütern soll es eine Mindestfreiheitsstrafe von drei Monaten geben.

Der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt erklärte: „Wer Leib und Leben ande-

rer riskiert, Rettungswege blockiert oder Kunstwerke angreift, handelt kriminell und schadet letztlich nur dem eigenen Anliegen. Geldstrafen reichen jedenfalls nicht mehr aus. Sie schrecken kaum ab. Teile der Klimaextremisten werden sich weiter radikalieren, das haben bereits frühere Protestbewegungen in der Bundesrepublik gezeigt. Der Rechtsstaat muss jedoch handlungsfähig bleiben. Der Gesellschaft ist es nicht länger zuzumuten, dass diese selbst ernannten Klimaaktivisten das Leben der Bürgerinnen und Bürger blockieren und gefährden.“

Wohnwünsche

Rechtzeitig günstige Zinsen sichern

Auch wenn es noch einige Jahre dauert: Wer eine Immobilie oder Modernisierung finanzieren möchte oder eine bestehende Finanzierung ablösen will, sollte sich bereits jetzt darüber Gedanken machen.

Die Bauzinsen kennen momentan nur eine Richtung: nach oben. Hinzu kommen hohe Immobilienpreise und steigende Kosten, sowohl fürs Bauen als auch für energetische Sanierungen. Mit dem Thema Anschlussfinanzierung sollten sich Immobilienbesitzer deshalb ein bis fünf Jahre vor Ablauf der ersten Zinsbindung auseinandersetzen. Wer noch langfristiger denkt, kann mit einem Bausparvertrag vorsorgen. Das ist auch für alle, die an einen künftigen Immobilienkauf denken, ein guter Weg. Denn der Bausparvertrag kombiniert den Eigenkapitalaufbau mit langfristiger Zinsfestschreibung.

Bausparen wird weiterhin auf vielfältige Weise staatlich gefördert – von der Wohnungs-



Model Foto: Colourbox.de

bauprämie über die Arbeitnehmersparzulage bis hin zum Wohn-Riester. Die Wohnungsbauprämie fördert eine jährliche Sparleistung von 700 Euro bei Alleinstehenden und 1 400 Euro bei Verheira-

teten/eingetragenen Lebenspartnern. Geförderte Bausparer erhalten eine Prämie von bis zu zehn Prozent auf ihre Sparbeiträge. Wer bis Jahresende einen Bausparvertrag abschließt, erhält noch die

vollen Zuschüsse für das laufende Jahr.

Wohnsparen mit Mitgliedervorteil

Wüstenrot hilft mit seinen Wohnsparen-Angeboten dbb Mitgliedern und ihren Angehörigen (Ehe-/Lebenspartner, Kinder) dabei, Kapital für die Erfüllung der persönlichen Wohnträume zu bilden und gleichzeitig alle Fördermittel zu nutzen. Als exklusiver Mitgliedervorteil wird nur die Hälfte der Abschlussgebühr fällig. Für junge Bausparer unter 25 Jahre gibt Wüstenrot zusätzlich einen Jugendbonus von 200 Euro.

Die Mitgliederagentur des dbb vorsorgewerk vermittelt auf Wunsch rund um die Themen Bausparen und Baufinanzierung Expertinnen und Experten von Wüstenrot vor Ort. Weitere Infos auf www.dbb-vorteilswelt.de/wohnsparen sb

Beamtenkredite

Ratenkredit schlägt Dispo

Wie bleibt man flüssig? In der Advents- und Weihnachtszeit nehmen Konsumwünsche zu. Finanzielle Engpässe zum Jahresende sind keine Seltenheit.

Durch die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung kommen weitere Risiken, etwa unerwartet hohe Energiekostennachzahlungen, hinzu. Um Ebbe in der Familienkasse zu vermeiden, kann die Aufnahme eines Ratenkredits eine sinnvolle Lösung sein. Denn dessen Konditionen sind deutlich günstiger, als das Girokonto in den Dispo laufen

zu lassen. Für den Dispo verlangen Banken mitunter mehr als 14 Prozent!

Schnell, günstig & flexibel

Das dbb vorsorgewerk bietet für dbb Mitglieder und ihre Angehörigen sorgfältig ausgewählte Kredit- und Darlehensangebote ab 3,49 Prozent ef-

fektiven Jahreszins*. Das konkrete Kreditangebot ist abhängig von Laufzeit, Kredithöhe und individueller Bonität.

Ein Kreditangebot ist der schnell abschließbare Online-Wunschkredit der BBBank, langjähriger Kooperationspartner des dbb vorsorgewerk rund ums Banking. Nach erfolgter Legitimation überprüfen Bank-

mitarbeiter die eingegebenen Daten. Nach ein bis zwei Werktagen wird der Online-Wunschkredit ausgezahlt.

dbb-vorteilswelt.de/beamtenkredit

*Stand: 11/2022

Kontakt

Die Mitgliederagentur des dbb vorsorgewerk ist telefonisch montags bis freitags in der Zeit von 10 Uhr bis 16 Uhr unter 030.4081 6444 erreichbar. Zudem jederzeit per E-Mail an vorsorgewerk@dbb.de

Qualifikation geht vor Dienstalter

Das Verwaltungsgericht Köln hat dem Antrag eines Mitglieds des Philologenverbandes (DPHV) Nordrhein-Westfalen auf Erlass einer einstweiligen Anordnung bezüglich seines Bewerbungsverfahrensanspruchs im

gerichtlichen Eilverfahren stattgegeben. Die Lehrerin konkurrierte mit einer Mitbewerberin um eine Beförderungsstelle als Oberstudienrätin an einem städtischen Gymnasium. Der Dienstherr hatte seine Auswahlentscheidung bei vermeintlich gleicher Beurteilung der Kandidatinnen am Hilfskriterium des Dienstalters festgemacht und die ältere Bewerberin bevorzugt.

Dem Land NRW als Antragsgegnerin wurde im Wege der einstweiligen Anordnung untersagt, die ausgeschriebene Stelle mit der Mitbewerberin zu besetzen, bis über die Bewerbung des dbb Mitglieds um diese Stelle unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts erneut entschieden worden ist. In seinem Beschluss vom 8. Juli 2022 (3 L 927/22) kommt die 3. Kammer des VG Köln zu der Einschätzung, dass mit der vorliegenden Auswahlentscheidung der Bewerbungsverfahrensanspruch der Antragstellerin verletzt wurde.

Dabei stellte das VG Köln die Grundsätze einer rechtmäßigen Auswahlentscheidung dar, nämlich den nach dem Bestenausleseprinzip durchzuführenden Vergleich zwischen den Bewerberinnen anhand aktueller dienstlicher Beurteilungen, die bei gleichem Ge-

samturteil entsprechend inhaltlich auszuwerten sind. Unberücksichtigt gelassen hatte der Dienstherr, dass die Antragstellerin in dem nach den einschlägigen Beurteilungsrichtlinien besonders zu gewichtenden Beurteilungsmerkmal „Unterricht“ um einen Punkt

besser bewertet war als die Mitbewerberin. Der Dienstherr sei damit seiner Begründungs- und Substanziierungspflicht nicht hinreichend nachgekommen sei, weshalb es nicht ausgeschlossen erscheinen, dass der Bewerberin des DPhV bei einer nochmaligen Durchföhrung des Besetzungsverfahrens der Vorzug gegeben worden wäre. Die Behörde wird nunmehr eine neue Auswahlentscheidung zu treffen haben, die die Auffassung des Gerichts berücksichtigt.



Model Foto: Motortion/Colourbox.de

Selbst auf den zweiten Blick können dienstliche Beurteilungen, die zunächst einen vermeintlichen Eignungsgleichstand darstellen, bei pflichtgemäßer inhaltlicher Auswertung zu einem Eignungsvorsprung eines Bewerbers föhren. Ein solcher Eignungsvorsprung ist, wie das VG Köln mit seinem Beschluss nochmals klarstellt, zwingend vor dem Heranziehen etwaiger Hilfskriterien wie Dienstalter, Frauenförderung oder weiteren zu berücksichtigen. ■

dbb Dienstleistungszentren

Der dbb gewährt Einzelmitgliedern seiner Mitgliedsgewerkschaften berufsbezogenen Rechtsschutz. Zuständig dafür sind die Juristinnen und Juristen der dbb Dienstleistungszentren in Berlin, Bonn, Hamburg, Nürnberg und Mannheim. Im „Fall des Monats“ gewährt das dbb magazin Einblick in deren Arbeit.

Wahlen der Bundesleitung

Delegierte setzten auf Kontinuität

Ulrich Silberbach bleibt dbb Chef. Der Gewerkschaftstag bestätigte auch Friedhelm Schäfer als Zweiten Vorsitzenden des dbb und Fachvorstand Beamtenpolitik sowie Volker Geyer als stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden und Fachvorstand Tarifpolitik in ihren Spitzenämtern.

Ulrich Silberbach, dessen Heimatgewerkschaft die komba ist, führt den dbb beamtenbund und tarifunion seit fünf Jahren an. Er setzte sich im ersten Wahlgang gegen Jürgen Böhm (VDR) durch, der ebenfalls für das Amt des dbb Bundesvorsitzenden kandidiert hatte und seit 2017 stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb war. Silberbach betonte vor den Delegierten, dass Deutschland nur mit einem modernen und leistungsfähigen öffentlichen Dienst gut durch die aktuelle wirtschaftliche Krise kommen und seine Zukunftsaufgaben erfolgreich meistern werde.

Der dbb, „die einzig wahre Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes“, werde die Verantwortlichen in der Politik daran messen, „welche Anstrengungen und Investitionen sie für jene auf den Weg bringen, die dafür sorgen, dass dieses Land funktioniert – Beamtinnen wie Beamte und Tarifbeschäftigte“, sagte Silberbach unmittelbar nach seiner Wahl. Der öffentliche Dienst habe in den vergangenen drei Jahren eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie wichtig er für die volkswirtschaftliche Stabilität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sei. „Diesen Wert müssen wir erhalten, und dafür werde ich gemeinsam mit den 1,3 Millionen Kolleginnen und Kollegen im dbb weiter leidenschaftlich kämpfen“, betonte Silberbach.

Nach der Bestätigung von dbb Chef Ulrich Silberbach im Amt wählten die 631 stimmberechtigten Delegierten des Gewerkschaftstages die weiteren Mitglieder der dbb Bundesleitung.

Friedhelm Schäfer, der bisherige Zweite Vorsitzende des dbb und Fachvorstand Beamtenpolitik, bekleidet sein Amt ebenso wie Volker Geyer, bisheriger stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik, für weitere fünf Jahre.

Komplettiert wird die neue Bundesleitung des dbb durch die weiteren stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden, die die Delegierten des dbb Gewerkschaftstages am 28. November 2022 in Berlin wählten.

Neu in der dbb Bundesleitung vertreten sind Simone Fleischmann (Verband Bildung und Erziehung – VBE), Andreas Hemsing (komba



Die neue Bundesleitung des dbb (vorn von links): Simone Fleischmann, Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach, Milanie Kreutz, Fachvorstand Beamtenpolitik Friedhelm Schäfer. Hintere Reihe von links: Heiko Teggatz, Claus Weselsky, Maik Wagner, Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer und Andreas Hemsing.

gewerkschaft), Milanie Kreutz (Deutsche Steuer-Gewerkschaft – DSTG) und Heiko Teggatz (DPoIG Bundespolizeigewerkschaft). Maik Wagner (Gewerkschaft der Sozialversicherung – GdS) und Claus Weselsky (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer – GD) wurden als stellvertretende dbb Bundesvorsitzende bestätigt.

Qua Amt gehören der dbb Bundesleitung zudem als beratende Mitglieder ohne Stimmrecht die Vorsitzenden der dbb Jugend (Matthäus Fandrejewski) und der dbb bundessenorenvertretung (Horst Günther Klitzing) an. Im Fall des Seniorenvorsitzenden Klitzing war der Aufnahme in die Bundesleitung des dbb ein entsprechender satzungsändernder Antrag vorangegangen. ■

Höchstes Beschlussgremium des dbb

Der dbb Gewerkschaftstag mit insgesamt rund 900 Delegierten ist das höchste Beschlussgremium des gewerkschaftlichen Dachverbands dbb beamtenbund und tarifunion, in dem mehr als 1,3 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche – Beamtinnen, Beamte und Arbeitnehmende – in 41 Fachgewerkschaften und 16 Landesbünden organisiert sind. Der Gewerkschaftstag tritt alle fünf Jahre zusammen, wählt die neue dbb Bundesleitung und beschließt die künftigen Leitlinien für die politische Arbeit. In diesem Jahr tagte das Gremium vom 27. bis 30. November 2022 in Berlin.

Antragsberatung

Leitanträge für einen starken öffentlichen Dienst

Als höchstes Gremium des dbb beamtenbund und tarifunion verabschiedeten die Delegierten des Gewerkschaftstages ein umfangreiches Paket wegweisender Beschlüsse. Sie alle zielen darauf ab, einen modernen öffentlichen Dienst zu schaffen.



© Marco Urban

In über 30 Leitanträgen, die der dbb Gewerkschaftstag am 28. November 2022 angenommen hat, sind alle notwendigen Bausteine für eine umfassende Modernisierung des Staates enthalten. „Heute wurde einmal mehr bewiesen:

Der dbb mit seinen 41 Fachgewerkschaften und 16 Landesbünden ist das Kompetenzzentrum für alle Belange des öffentlichen Dienstes und der Daseinsfürsorge“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach.

„Diese Nähe zu den Themen und vor allem zu den Menschen ist unsere Stärke. Das ist echte Vielfalt statt Einheitsbrei.“

dbb Chef Ulrich Silberbach

„Von den tragenden Säulen der Beamten- und Tarifpolitik über Querschnittsthemen wie Mitbestimmung, Digitalisierung und Diversität in der gesamten Verwaltung bis hin zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Fachkräftemangel, demografischer Wandel sowie Klimapolitik: Der dbb benennt nicht nur offen und ehrlich die Probleme des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche, sondern bietet als konstruktiver Partner von Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Wirtschaft eigene Lösungen an.“

Der dbb Chef dankte den unzähligen Ehrenamtlichen in der Organisation für ihre engagierte Arbeit im Vorfeld der Beschlüsse: „Die Leitanträge spiegeln das Wesen des dbb: Die thematische Bandbreite und qualitative Tiefe der gefassten Beschlüsse zeigen,

dass unser Fachgewerkschaftsprinzip genau richtig ist. Diese Nähe zu den Themen und vor allem zu den Menschen ist unsere Stärke. Das ist echte Vielfalt statt Einheitsbrei“, bekräftigte der dbb Bundesvorsitzende.

Dass so viele Kolleginnen und Kollegen sich ehrenamtlich neben ihrem Dienst dafür einsetzen, die Arbeitsbedingungen für alle zu verbessern, zeige einmal mehr, aus welchem Holz sie geschnitzt seien, so Silberbach weiter. „Wer in den öffentlichen Dienst kommt, der tut das in der Regel – allen Widrigkeiten zum Trotz – für andere, für die ganze Gesellschaft. Deshalb werde ich gemeinsam mit der Bundesleitung und allen weiteren dbb Gremien sowie unserer Geschäftsstelle und den dbb Dienstleistungszentren mit großer Leidenschaft an der Umsetzung dieser Leitanträge arbeiten.“ ■

Bundeskanzler Olaf Scholz: Deutschland braucht einen starken öffentlichen Dienst

Bundeskanzler Olaf Scholz betonte als Gast des dbb Gewerkschaftstages die Bedeutung des öffentlichen Dienstes. Er dankte den Beschäftigten – sie seien „die Gestalter der Zeitenwende“.

Deutschland braucht einen starken öffentlichen Dienst – gerade jetzt in diesen Krisenzeiten“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz bei der öffentlichen Veranstaltung des dbb Gewerkschaftstages am 29. November 2022 in Berlin. Die Zeitenwende, ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und den damit einhergehenden Bruch der europäischen Friedensordnung, mache nirgendwo halt und betreffe in ihren Auswirkungen sämtliche Bereiche des öffentlichen Dienstes, wo die Beschäftigten neben den „normalen“ Aufgaben unter Hochdruck an der Unterstützung für Geflüchtete, der Abfederung von Härten durch Inflation und Energiepreisexplosion sowie der Umsetzung der Energiewende arbeiteten. „Sie sind die Gestalter der Zeitenwende“, adressierte der Bundeskanzler an die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes in Deutschland, „Staat machen Sie, und das sehr gut. Und dafür danke ich Ihnen von ganzem Herzen.“



Scholz bezeichnete den öffentlichen Dienst als „Rückgrat unseres Landes“, dem in Zeiten von Krisen, Veränderungen und Unsicherheit eine besondere Bedeutung zukomme. „Umso wichtiger ist ein Staat, der liefert, der spürbar an der Seite der Bürgerinnen und Bürger steht“, unterstrich der Kanzler. Deutschland stehe mit der Energiewende vor der größten Transformation seit Beginn der Industrialisierung. Um diesen Prozess erfolgreich und innerhalb des eng gesteckten

Zeitraumens voranzutreiben, brauche man Behörden und Verwaltungen – und die bisher erreichten Zwischenziele zeigten, dass der öffentliche Dienst nicht beweisen müsse, „dass er Tempo machen kann. Sie machen Tempo, meine Damen und Herren“, erkannte der Bundeskanzler an. In einer „für unser Land fast atemberaubenden Geschwindigkeit“ entstünden an der Nordsee Flüssiggasterminals, würden innovative internationale Unternehmen wie Tesla für Standorte in Deutschland gewonnen. „All das haben unsere Verwaltungen entscheidend vorangetrieben“, stellte Scholz fest.



„Leistung und Anstrengung müssen sich lohnen, das gilt insbesondere für die, die ihre Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit stellen.“

Bundeskanzler Olaf Scholz

Es stehe außer Frage, betonte der Kanzler, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei der Gestaltung der Zukunftsaufgaben auf die richtigen Rahmendbedingungen und politische Unterstützung angewiesen seien. „Beides will ich Ihnen heute zusagen“, versprach Scholz und sicherte sowohl mit Blick auf die amtsangemessene Alimentation und leistungsgerechte Bezahlung als auch in Sachen Digitalisierung der Verwaltung Verbesserungen zu: „Leistung und Anstrengung müssen sich lohnen, das gilt insbesondere für die, die ihre Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit stellen.“ Der Kanzler forderte eine „Selbstverpflichtung der Politik: Gesetzgebung und Verwaltung dürften nicht auseinanderfallen, „wir hören auf diejenigen, die die Regelungen nachher umsetzen müssen“. Der Regierungschef bekannte sich zudem klar für eine Attraktivierung des öffentlichen Dienstes

als Arbeitgeber. Man habe zwar mittlerweile zusätzliche Stellen geschaffen, um dem Personalmangel entgegenzuwirken, „aber diese Stellen müssen jetzt auch mit guten Köpfen besetzt werden können“, sagte Scholz. Dies gelänge nur mit einer wettbewerbsfähigen Bezahlung und attraktiven Arbeitsbedingungen wie modernen digitalen Abläufen, Homeoffice, Qualifizierungs- und Aufstiegsperspektiven. Scholz appellierte im Zusammenhang mit der Nachwuchsgewinnung an Klimaaktivistinnen und -aktivisten: „Wer sich für den Klimaschutz einsetzen will, muss sich dafür nicht auf Start- und Landebahnen von Flughäfen festkleben, sondern kann im öffentlichen Dienst viel mehr vorantreiben.“

Ulrich Silberbach: Krisenbewältigung funktioniert nur mit starkem öffentlichen Dienst

dbb Chef Ulrich Silberbach forderte in seiner Grundsatzrede auf dem Gewerkschaftstag eine Kehrtwende in der Finanz- und Personalausstattung des öffentlichen Dienstes.

Ins Unsichere sind wir gerade alle gemeinsam unterwegs. Kostenexplosion, Coronakrise, Krieg und Klimawandel: Das Land, ja die ganze Welt, hat mit vielen parallelen Krisen zu kämpfen. Gleichzeitig hält nur noch ein Drittel der Bevölkerung den Staat für handlungsfähig, das hat unsere dbb Bürgerbefragung im Herbst gezeigt. Das ist gefährlich. Am langen Ende für die Demokratie selbst“, sagte der dbb Bundesvorsitzende am 29. November 2022. Das erste Jahr der Ampelkoalition sei für die Beschäftigten enttäuschend gewesen, weil in wichtigen Bereichen wie Bezahlung, Digitalisierung oder Fachkräftegewinnung keine nennenswerten Fortschritte erzielt worden seien. „Diese Probleme im öffentlichen Dienst sind nicht vom Himmel gefallen, sie beschäftigen uns schon seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten. Aber in Krisenzeiten rächen sie sich doppelt und dreifach. Deutschland hat aktuell nur eine Schönwetterdaseinsfürsorge. Wir brauchen eine Kehrtwende in der Finanz- und Personalausstattung des öffentlichen Dienstes.“



© Marco Urban

die Energiesparvorgaben für Wirtschaft und Bevölkerung. Politik will dem Häuslebauer die Photovoltaikanlage auf dem Dach und das E-Auto in der Garage vorschreiben und reguliert in manchen Ländern sogar die Gestaltung der Vorgärten. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Das kann man alles diskutieren, vieles mag auch sinnvoll sein. Aber von Parteien, die wahlweise die Eigenverantwortung oder den Umweltschutz hochhalten,

möchten die Bürgerinnen und Bürger dann doch auch erfahren: Was macht eigentlich der Staat? Warum sitzt unsere Polizei in zugigen Revieren? Und warum pfeift unseren Kindern jetzt gerade in diesem Moment der kalte Novemberwind durch kaputte Schulfenster um die Ohren?

Wenn Politik es ernst meint mit dem Klimaschutz, dann gehört jedes öffentliche Gebäude saniert. Eine Photovoltaikanlage aufs Dach. Und die Fahrzeugflotte jeder Behörde klimaneutral modernisiert. Sie wollen weniger Verkehrsemission? Dann schieben sie sich bei der Organisation eines attraktiven und bezahlbaren ÖPNV nicht immer gegenseitig die Verantwortung zu. Das ist unerträglich und grenzt schon an Arbeitsverweigerung. Und lassen Sie doch endlich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wo immer es möglich und von ihnen gewünscht ist, im Homeoffice arbeiten. So und nicht anders geht Vorbildfunktion.“

Am Beispiel des Kampfes gegen den Klimawandel und der Bewältigung seiner Folgen machte Silberbach die Probleme des öffentlichen Dienstes deutlich. Auch hier nahm er die Regierungen von Bund und Ländern in die Pflicht, der Staat müsse eine Vorbildfunktion einnehmen: „Nur ein Beispiel: Immer schärfer werden

Der dbb Chef warb gerade mit Blick auf die zahlreichen Krisen für mehr gesamtgesellschaftliche Solidarität: „Dabei hilft es nicht, wenn Bürgerinnen und Bürger sich über ein paar gefahrene Autokilometer oder einen Urlaubsflug zerstreiten. Wenn wir einen Klimawandel brauchen, dann in

unserer Gesellschaft. Hin zu einem neuen Miteinander statt Gegeneinander. Politik steht auch da in der Verantwortung. Nicht nur gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, sondern gerade auch gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die die Konsequenzen von Nichthandeln und Gegeneinander tagtäglich am eigenen Leib erfahren. In diesem Zusammenhang verwies Silberbach auf das Motto des dbb Gewerkschaftstages „Staat. Machen wir!“. Das sei „durchaus selbstbewusst gemeint,

„Diese Probleme im öffentlichen Dienst sind nicht vom Himmel gefallen, sie beschäftigen uns schon seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten.“

dbb Chef Ulrich Silberbach

mit Betonung auf ‚wir‘. Denn: Ohne die Menschen im öffentlichen Dienst ist keine Krise zu meistern. Das Motto ist aber auch als Einladung an alle Politikerinnen und Politiker im Land gemeint, endlich anzupacken. ‚Staat. Machen. Wir!‘. Am besten gemeinsam, denn anders

geht es nicht.“ Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes seien bereit, die anstehenden Herausforderungen anzunehmen. „Diese Kolleginnen und Kollegen sorgen 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche dafür, dass dieses Land funktioniert. Mit Einsatz und Leidenschaft. Mir macht das Hoffnung. Denn das ist es, was den öffentlichen Dienst ausmacht: Menschen im Dienst der Menschen! Und so lange wir die haben, wird mir um dieses Land nicht bange.“

Podiumsdiskussion

Attraktive Arbeitsumfelder für einen starken Staat

Zum Abschluss der öffentlichen Veranstaltung des Gewerkschaftstages diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der Bundestagsparteien über die Rolle des Staates und das Ansehen des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber.

Die politische Geschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen, Emily Büning, sprach sich klar für Einkommenserhöhungen im öffentlichen Dienst aus. „Ich glaube, das ist richtig, weil es eine Teuerungsrate gibt. Ein attraktiver öffentlicher Dienst muss angemessen ausgestattet werden. Wir brauchen unseren Staat.“ Büning regte an, dass Beschäftigte in den unteren Einkommensgruppen proportional mehr erhalten sollten.

Die hohe Arbeitsbelastung der Beschäftigten ließe sich auch durch eine Verschlankung von Aufgaben des öffentlichen Dienstes reduzieren: Leistungen sollten zusammengelegt, die Zahl der Antragsverfahren verringert werden. Diesbezüglich biete die Digitalisierung ein großes Potenzial. Bei der Rekrutierung neuer Beschäftigter sei es zudem wichtig, sowohl das Arbeiten in Teilzeit zu ermöglichen als auch Modelle wie etwa „Führen im Team“ anzubieten, um insbesondere Frauen zu erreichen, die Karriere machen wollten. Eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst eigne sich für alle, die mit Menschen arbeiten, einen sinnstiftenden sicheren Arbeitsplatz und Mitgestaltungsmöglichkeiten haben wollen, betonte Büning.

Der öffentliche Dienst brauche Wertschätzung, eine gute Infrastruktur, Ausstattung und Vergütung, bekräftigte CDU-Generalsekretär Mario Czaja. Auch müssten die Prozesse stimmen, wobei es vor allem darauf ankomme, die Abläufe in der Verwaltung möglichst flüssig und transparent zu gestalten.



Die Podiumsdiskussion der Bundespolitikerinnen und -politiker wurde von der Fernsehjournalistin Anke Plättner (links) moderiert.

Um das Image des öffentlichen Dienstes attraktiver zu machen, forderte Czaja, die Erfahrungsstufen in der Besoldung besser abzubilden. Zudem gelte es, die Selbstwirksamkeit zu stärken. „Es macht niemandem Freude, wenn sich die unterschiedlichen Verwaltungen gegenseitig blockieren.“ Wichtig sei eine „Änderung im Mindset“. Wenn wie zum Beispiel in Berlin eine Kennzeichnungspflicht für die Polizei eingeführt und gleichzeitig in der Antidiskriminierungsstelle mit Beweislastumkehr gegen die Polizei gearbeitet werde, sei die Bereitschaft, zur Polizei zu gehen, nicht sonderlich groß. Aus Sicht des CDU-Politikers Sorge auch die Verbesserung von Lehrerinnen und Lehrern in Berlin nicht für Abhilfe bei den chaotischen Zuständen in den Klassenzimmern, wo teilweise für die gleiche Arbeit vier unterschiedliche Gehaltsbeziehungsweise Besoldungsstufen gelten würden.

„Ein attraktiver öffentlicher Dienst muss angemessen ausgestattet werden. Wir brauchen unseren Staat.“

Emily Büning

Czaja kritisierte auch die Kleinteiligkeit der neuen Aufgaben, die den Beschäftigten in Verwaltungen und Behörden gegeben würden. „Wenn ich mit Abschlagszahlungen anfangen, heißt das, dass man den Vorgang zwei- bis dreimal anfangen muss.“ Im Jobcenter von Berlin-Neukölln hätten ihm Beschäftigte erzählt, sie seien dort nicht in der Lage, all die Neuerungen einzuführen. Jeder der Mitarbeitenden bearbeite dort an die 220 Fälle pro Tag. Irgendwann sagten die Mitarbeiter dann „Jetzt reicht!“ und das könne man verstehen, so Czaja.



Emily Büning

schen attraktiv sei, „aber wir haben zu wenige, die sich zum Beispiel in der IT ein Leben lang verpflichten wollen. Daher müssen wir uns über Einstiege und Laufbahnen Gedanken machen“, forderte Kuhle. Die praktischen IT-Kenntnisse, die viele Bewerberinnen und Bewerber mitbrächten, seien in den Laufbahnen noch gar nicht angemessen abgebildet.

Staat.
Machen wir!

dbb
Gewerkschaftstag 2022



Mario Czaja

„Es macht niemandem Freude, wenn sich die unterschiedlichen Verwaltungen gegenseitig blockieren.“

Mario Czaja

Die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag, Susanne Ferschl, bezeichnete die angemessene Bezahlung der Beschäftigten als einen Baustein, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber zu erhöhen. Als weitere Anreize nannte sie verbesserte Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, eine größere Durchlässigkeit bei den Laufbahnen sowie generell mehr Möglichkeiten zur Karrieregestaltung. Aus Sicht der Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung der Partei Die Linke trügen zudem modern ausgestattete Arbeitsplätze und deutlichere Fortschritte bei der Digitalisierung erheblich dazu bei, das Image des öffentlichen Sektors zu erhöhen.

„Ausbildungsplatzgarantien könnten junge Menschen ermutigen, eine berufliche Laufbahn im öffentlichen Dienst aufzunehmen. Und weitere Angebote zur besseren Vereinbarung von Beruf und Familien werden das Interesse am öffentlichen Dienst insbesondere bei Frauen weiter erhöhen“, zeigte sich Ferschl überzeugt. Generell sei wichtig, stärker hervorzuheben, dass „es die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind, die den Staat am Laufen halten. Wir müssen aufhören, ständig die Kosten einer guten Verwaltung zu thematisieren. Dadurch entsteht eine Negativspirale, die nirgendwo hinführt“, betonte sie.

Bezüglich der Schaffung von mehr Diversität im öffentlichen Dienst hob Ferschl die Bedeutung zielgruppen- und gendergerechter Initiativen hervor: Bisher habe die Bundesregierung beispielsweise zu wenig unternommen, Frauen aus der Teilzeitfalle zu holen. Auch fehlten probate Quotenlösungen zur Förderung weiblicher Führungskräfte.

Konstantin Kuhle, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion, betonte, dass gerade das Berufsbeamtentum für junge Men-

Auch Laufbahnwechsel müssten in den Behörden „kulturell gelebt“ und Möglichkeiten gefördert werden, „wieder aus dem öffentlichen Dienst herauszukommen und zum Beispiel in die

Wirtschaft oder den Tarifbereich zu wechseln“. Per se weniger Verbeamtung bedeute diese Art der Flexibilisierung aber nicht: „Zu sagen, wir haben zu viele Beamte, ist mir zu pauschal“, sagte Kuhle. Auch die Einkommensforderung des dbb

für die Einkommensrunde 2023 mit Bund und Kommunen sei nicht zu hoch: „Zehn Prozent sind ja bei der Inflation nicht mehr Geld als vorher. Es ist doch klar, dass sie das fordern müssen. Nur was am Ende dabei herauskommt, müssen sie mit meinem Parteivorsitzenden, dem Finanzminister, besprechen.“

Was die Qualität des öffentlichen Dienstes betreffe, habe man zum Beispiel in Berlin nicht das Gefühl, der Staat erfülle seine Grundfunktionen, wenn man einen Pass beantragen wolle. „Daher müssen wir im regulatorischen Rahmen mehr darauf achten, dass die Grundzüge funktionieren, bevor man etwas neues draufpackt“, damit die Beschäftigten nicht noch weiter überfordert würden. „Wir müssen auch mehr Digitalisierung erreichen, und das nicht erst bis 2050.“ Hier sieht der FDP-Politiker auch die Länder in der Pflicht mitzuziehen, statt „ihre eigenen Süppchen zu kochen. Es fehlt oft das kulturelle Verständnis dafür, dass wir

Verwaltung neu aufsetzen müssen, um sie zu digitalisieren.“

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert forderte eine angemessene Vergütung und sachliche Ausstattung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Mit Blick auf den Zustand mancher Dienstgebäude gab Kühnert zu bedenken: „Man mag sich nicht vorstellen,



Susanne Ferschl

„Wenn wir ständig die Kosten einer guten Verwaltung thematisieren, entsteht eine Negativspirale, die nirgendwo hinführt.“

Susanne Ferschl



Konstantin Kuhle

„Wir müssen mehr Digitalisierung erreichen, und das nicht erst bis 2050.“

Konstantin Kuhle

was es für Beschäftigte bedeutet, 38 bis 40 Stunden pro Woche in dieser Umgebung arbeiten zu müssen.“ Das zu ändern, sei eine Frage des Respekts gegenüber den Beschäftigten.

Mit Blick auf die Aufgabenflut, zum Beispiel durch die Wohngeldreform, räumte Kühnert ein, dass es einen „ruckeligen Übergang zum Jahresende“ geben werde. Das sei aber nicht die Schuld der umsetzenden Beschäftigten, sondern die Folge einer schnellen und notwendigen politischen Entscheidung, die ebenso schnell umgesetzt werden müsse. Daher seien die Behördenleiter aufgefordert, „lebenstaugliche, praktische Regelungen im Rahmen ihrer Spielräume zu nutzen, um die Verfahren zu beschleunigen. So viel Hands-on-Mentalität würde ich mir wünschen“, und dafür

fe, konstatierte Kühnert, dass Stellenäquivalente nicht als von Menschen besetzte Stellen gezählt werden dürften. „Wir müssen darüber streiten, wie wir mehr Menschen in den öffentlichen Dienst bekommen.“ Die Hälfte der erwerbstätigen Frauen hätten zum Beispiel „einen deutlichen Gap zwischen ihrer Teilzeitbeschäftigung und dem, was sie eigentlich gerne tun würden“. Der Schlüssel liege hier unter anderem in der Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen im öffentlichen Dienst. Vor allem politisch interessierten und vielleicht unzufriedenen jungen Leuten empfiehlt Kühnert, sich für den öffentlichen Dienst zu interessieren, „weil sie dort wirksam werden und etwas zum Besseren verändern können“.

gebe es auch die notwendige politische Rücken- deckung.

Was das Krisenmanage- ment des Staates betref-

„Wir müssen darüber streiten, wie wir mehr Menschen in den öffentlichen Dienst bekommen.“

Kevin Kühnert



Kevin Kühnert

„wir. für euch.“ live auf der Bühne

Dem öffentlichen Dienst ein Gesicht geben

Ein bewegender Moment im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung zum Gewerkschaftstag war der Auftritt der „Models“ der dbb Kampagne „wir. für euch.“

Seit Sommer 2022 geben die dbb Mitglieder aus den Reihen der dbb Fachgewerkschaften dem öffentlichen Dienst ein freundliches Gesicht in der Öffentlichkeit und rücken dessen Beschäftigte in den Fokus. Die klare Botschaft der neuen dbb Kampagne: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sind für alle da, und der dbb steht als gewerkschaftlicher Dachverband jederzeit fest an der Seite der rund fünf Millionen Menschen im Dienst der Menschen.

Die Kampagnenmotive zeigen echte Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst und den privatisierten Bereichen, weshalb der Begriff „Models“ eigentlich nicht ganz richtig ist. Polizistin, Lehrerin, Erzieher, Lokführer, Paketzusteller, Finanzbeamtin und viele mehr – allesamt „dbb Originale“ – haben sich für die Motive zur Verfügung gestellt und kommen mit ihren Statements zu Wort.



© Marco Urban

Ehrenmitglieder

„Bleibt wild und wunderbar!“

Der Gewerkschaftstag hat drei langjährige Mitglieder der dbb Bundesleitung mit jeweils deutlicher Mehrheit zu Ehrenmitgliedern gewählt. dbb Chef Ulrich Silberbach würdigte ihre Beiträge an der Entwicklung der Gewerkschaft.

Thomas Eigenthaler, der seit 2012 in der dbb Bundesleitung und auch als DTSG-Vorsitzender aktiv war, beschrieb Ulrich Silberbach als einen Mann, der stets klar, kompetent und sachorientiert vorgetragen habe. „Die politische Entwicklung der letzten Monate lässt Thomas Eigenthaler nicht gut schlafen.“ Die Inflation und das exzessive Geldausgeben des Staates trieben ihn als Steuerfachmann auch weiterhin um. Die Arbeit der Bundesleitung habe er stets konstruktiv-kritisch begleitet. Ulrich Silberbach dankte ihm herzlich für die Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Ohren.“ Nur dank der dbb bundesfrauenvertretung und deren damaliger Vorsitzenden Helene Wildfeuer sei es ihr gelungen, für die Sache zu kämpfen. Stolz erwähnte Hollmann ihre Mitarbeit beim Aufbau der dbb Jugend und rief den Deligierten zu: „Bleibt wild und wunderbar!“

In seiner Würdigung für Kirsten Lühmann hob Ulrich Silberbach besonders das europäisches Engagement der gelernten Polizeibeamtin und seit 2004 auch ihre Frauenarbeit auf europäischer Ebene hervor. Er erinnerte auch daran, dass Lühmann über meh-



Thomas Eigenthaler



Astrid Hollmann



Kirsten Lühmann

© Marco Urban (3)

Thomas Eigenthaler forderte in seiner Entgegnung: „Seid immer konstruktiv und kritisch! Am Ende muss eine saubere Lösung herauskommen!“

Seit Astrid Hollmann 2007 Mitglied der Bundesleitung wurde, war sie, so Ulrich Silberbach, in ihrer Arbeit für den dbb „nie bequem, nicht ausschließlich auf die Kernthemen zurückgezogen, sondern hat immer auf das Gesamtbild geschaut“. Hollmann, deren gewerkschaftliche Heimat die Mediengewerkschaft VRFF ist, sei von jeher ein politischer Mensch und eine Verfechterin der Gerechtigkeit, insbesondere der Geschlechtergerechtigkeit, gewesen.

Astrid Hollmann bezeichnete daraufhin die eigene 15 Jahre zurückliegende Kandidatur als „frech“. „Ich war tiefgrün hinter den

rere Legislaturperioden hinweg als Mitglied des Bundestages dem dbb auch politische Türen geöffnet habe. Silberbach betonte ihre außerordentliche Beharrlichkeit. „Deine Streitkultur hat stets die Kultur betont.“ Lühmann sei es bei Auseinandersetzungen stets wichtig gewesen, dass man „menschlich zusammengefunden“ habe.

Kirsten Lühmann, die Mitglied der DPoG ist, wünschte sich zum Abschied dreierlei: Augenmerk auf die europäische Gewerkschaftsarbeit, Sorge für den dbb Nachwuchs, der nach einer Phase des Ausprobierens bei der dbb Jugend beim Übergang in andere Gremien tatkräftig unterstützt werden müsse. „Es ist unsere Zukunft!“ Streit im dbb müsse drittens in den Gremien und nicht in der Kaffeepause stattfinden. „Nur so können wir unser Motto erfüllen: Staat. Machen wir!“